



Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
Juli/August 02 · 47. Jahrgang

i.d.
7/8

Impulse	
Worte ohne Taten	2
Bauwirtschaft und Konjunktur	
Aufträge in Bayern bis Mai im Plus	3
ifo-Geschäftsklima Bau: Schaubilder	5
Tarif- und Sozialpolitik	
Tarifrunde 2002 – Wechsel auf die Zukunft	6
Aus der Politik	
Mit dem Bau Zukunft schaffen	7
Bauen in Bayern	
Siedlungsmodelle Bayern	8
Verkehr	
Stillstand für Bayerns Städte	9
Zukunft unter den Rädern?	10
Aus fremder Feder	
Donauausbau: Weg mit den Scheuklappen	11
EthikManagement der Bauwirtschaft	
Qualität durch Werte	12
Bildung	
Spiegel moderner Technikwissenschaften	13
Zukunft Bau	
Neue Studie „Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland“	14
Aus der Verbandsarbeit	
Bauen ist Standortpolitik	15
Mitgliederversammlung Fachabteilung Straßenbau ...	17
Arbeitsausschuss Recht und Steuern	18
Baukaufmännische Qualifizierungsinitiative	18
Recht	
Aktuelle Rechtsprechung	19
Aktuelles	21
Persönliches	22
Aus den Mitgliedsunternehmen	23
Statistik	24



Impressum

Herausgeber:
Bayerischer
Bauindustrieverband e.V.
München

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:
Dr. Benedikt Rüchardt

Titelfoto: Helmut Bergtold

Die Geschichte ist beinahe so alt wie die der Zivilisation, und sie kommt immer wieder vor. Da verspricht die Ziege am Ufer eines Flusses, den Skorpion sicher zum anderen Ufer zu bringen, und der wiederum beteuert, er werde unterwegs nicht stechen. Natürlich sticht er doch; das sei eben so seine Natur, er könne gar nicht anders, bekennt er der Ziege, kurz bevor beide im Strom untergehen.

Zu weit hergeholt, die Geschichte? Wahrscheinlich nicht. Es geht um den gleichen Tatbestand,

wenn die großen Entscheider beteuern, nichts sei so lebenswichtig wie Investitionen, und dann stecken sie die vorhandenen Mittel doch in den Konsum, wo sie alsbald – aber eher noch schneller – auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Sie können nicht anders, es ist so ihre Natur. Dass sie, per saldo, dabei untergehen, was soll's, jetzt ist jetzt, und gewählt wird heute.

Dass Wirtschaft und Wachstum, Wohlstand und Zukunft und Überleben vom steten Ausbau einer funktionierenden Infrastruktur abhängen – die Spatzen sind es müde geworden, das von den Dächern zu pfeifen, denn jeder weiß es längst. Jeder weiß auch, dass die öffentlichen Kassen leer sind. Und jeder weiß schließlich, dass die Politik nicht müde wird, sich ständig neue zweckgebundene Geldquellen auszudenken, um gleich anschließend, wenn die Mittel sprudeln, mit denselben die Löcher zu stopfen, die der Konsum gerissen hat. Bestes Beispiel die neue Lkw-Maut: Den größten Brocken schluckt der Bundesfinanzminister.

Dabei schaffen investive Ausgaben schöne neue Einnahmen: Jede unterlassene Investitionsmilliarde bei der Verkehrsinfrastruktur kostet 1,3 Milliarden Ausfall aus Folgeinvestitionen, vom Kollaps für den Baumarkt mal ganz abgesehen. Die lange Geschichte der unterlassenen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ist mithin eine lange Geschichte erfolgreicher Schüsse aufs eigene Tor.

Geschossen wird auch dieser Tage wieder: Den lebensnotwendigen Frankenschnellweg in Nürnberg hat ein neues Stadt-Regiment ereilt, das Finanzierungskonzept wackelt. Augsburgs Entwicklung spürt mit dem Berliner Zögern, den A 8-Ausbau auch nach Osten privat zu realisieren, einen sehr schmerzhaften Dämpfer. Die städtischen Zentren an der Donau haben kaum noch Entwicklungsperspektiven, denn der Bundestag hält einen „sanften“ Donauausbau für wünschenswert. Die Münchner Autobahn-Südmuffung – durch die gewaltige Bau-Aufgabe einer Tunnellösung Jahrtausendprojekt und Problemlöser erster Sorte – steckt tief im Mief kommunaler Angstmacherei.

Alle Probleme wären lösbar. Es fehlt nur an Entschlossenheit, am Willen zum Bau, zur Tat. Denn Geld gibt es genug, man muss es nur richtig nutzen. Bündelungsachsen. Nutzerfinanzierung. Private Lösungen. Dann ziehen auch die Menschen mit. Wer nicht weiß, wie's geht, darf die Bauwirtschaft fragen.

Worte ohne Taten

**Von Rechtsanwalt Gerhard Hess
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.**

Aufträge in Bayern bis Mai im Plus, aber Finanzlage der Kommunen macht skeptisch

In Bayern haben die schlechten Maiwerte das sich seit Jahresanfang ansammelnde Auftragsplus deutlich vermindert. Der Freistaat konnte trotzdem seinen Vorsprung unter den Flächenländern halten. Bayern weist das größte Auftragsplus aller Flächenländer auf. Im selben Zeitraum stand dem bayerischen Plus von 2,6 % im Durchschnitt der Westländer ein Minus von 5,9 % gegenüber, ohne Bayern ergab sich hier sogar ein Minus von 9,2 %. Anders als in den letzten Jahren war der Auftragsrückgang im Osten mit Minus 4,1 % niedriger als in den Westländern.

In Bayern nahmen die eingegangenen Neuaufträge von Januar bis Mai um 2,9 % gegenüber Vorjahr zu. Damit weist Bayern den höchsten Auftragszuwachs aller Flächenländer auf. Einen höheren Wert erzielt nur Berlin. In Bayern wies der Wirtschaftsbau mit einem Auftragszuwachs von 19,1 % den besten Wert auf. Im Öffentlichen Bau blieben die Neuaufträge um 4,3 % unter Vorjahr, mit großen Unterschieden in seinen Bereichen: Der öffentliche Hochbau erreichte ein Plus von 8,8 %, der Straßenbau einen Auftragsanstieg von 4,7 %. Rückläufig waren die Neuaufträge dagegen im Sonstigen Tiefbau; hier blieben sie um 17,0 % unter Vorjahr. Ein deutliches Minus wies auch der Wohnungsbau auf. Von Januar bis Mai gingen hier um 12,5 % weniger Neuaufträge ein als im schon krisengeschüttelten Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der von Januar bis Mai kumulierte Umsatz lag in Bayern um 2,9 % unter dem Vorjahreswert. Die im Wirtschaftsbau tätigen Bauunternehmen mussten einen leichten Umsatzrückgang um 1,8 % hinnehmen. Im Öffentlichen Bau betrug das Minus 2,3 %. Innerhalb des Öffentlichen Baus nahmen die Umsätze im Straßenbau um 7,3 % zu, im Hochbau um 1,0 %. Dagegen blieben die Umsätze im Sonstigen Tiefbau um 11,9 % unter Vorjahr. Ein Umsatzminus von 4,7 % mussten die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen hinnehmen.

Nach den Einbrüchen im September und Oktober hellt sich das Geschäftsklima in der bayerischen Bauindustrie wieder auf. Es wird aber weiterhin schlechter als im Juni 2001 beurteilt.

■ Die Beurteilung der Geschäftslage im Juni durch die befragten Unternehmen ist möglicherweise durch den bevorstehenden Streik beeinflusst. Dadurch dürfte insbesondere die Zukunftserwartung beeinflusst worden sein.

■ Die Geschäftslage wird wieder weniger schlecht als im Vormonat, allerdings immer noch pessimistischer als im Vorjahr eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 6 % der Unternehmen, ebenso viele wie im Vorjahr. Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichten 65 %, im Vorjahr waren es 52 %. Der Saldo der Lagebeurteilung beträgt damit - 59 % (Juni 2002: - 46 %).

■ Von einer günstigen Entwicklung ihrer Bautätigkeit berichten 18 % der Unternehmen (Juni 2001: 33 %), 21 % dagegen von einer weiteren Verschlechterung (Vorjahr: 16 %).

■ Die nähere Zukunft wird weiter mit Sorge betrachtet. Nur 1 % der befragten Firmen erwartet innerhalb der nächsten 6 Monate, also bis Dezember 2002, eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (Vorjahr: 10 %). Eine weitere Verschlechterung befürchten 32 % der Unternehmen, im Vorjahr äußerten

Bayern bei Neuaufträgen bestes Flächenland

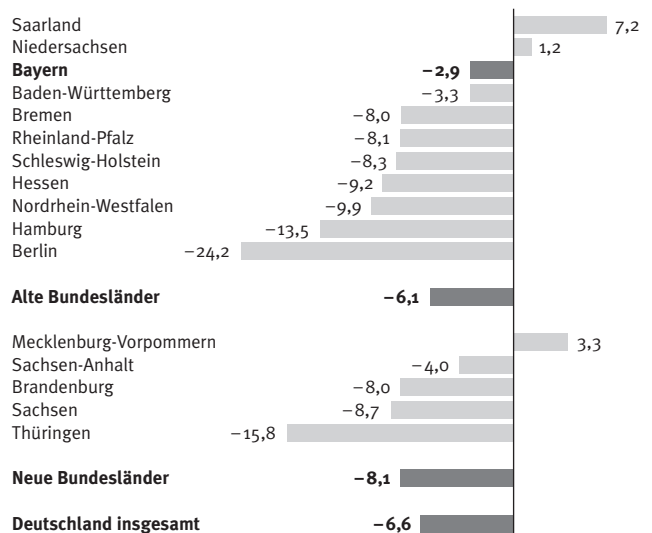
Auftragsplus in Bayern hat sich im Mai verringert

Umsatz der Bauunternehmen in Bayern um 2,9 Prozent unter Vorjahr

Anfang 2002 leichter Umsatzrückgang am Bau in Bayern

Umsätze im Bauhauptgewerbe

Veränderung Jan. bis Mai 2002/01 in Prozent



Quelle: Amtliche Statistik

nur 19 % diese Sorge. Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem Saldo von – 31 % immer noch deutlich schlechter als im Vorjahr (– 9 %) beurteilt.

Unternehmen sehen sich in den nächsten Monaten zu weiterem Personalabbau gezwungen

Auf die Frage des ifo-Instituts nach der erwarteten Zahl der Arbeitnehmer in den nächsten 3 bis 4 Monaten antworteten die Unternehmen der Bauindustrie folgendermaßen:

■ Eine Zunahme der Beschäftigtenzahl erwarten 9 % der befragten Unternehmen, im Durchschnitt um 9,3 % (Bauhauptgewerbe: 8 %; + 14,2 %). 37 % rechnen dagegen mit einem weiteren Beschäftigungsabbau um durchschnittlich 17,7 % (Bauhauptgewerbe: 53 %; + 19,3 %).

■ Im Tiefbau planen 9 % der Unternehmen einen Beschäftigungsaufbau, im Durchschnitt um 3,9 % (Bauhauptgewerbe: 7 %; + 7,4 %). Weniger Beschäftigte prognostizieren 29 % der Firmen, im Durchschnitt einen Abbau um 13,6 % (Bauhauptgewerbe: 39 %; + 12,8 %).

■ Im Hochbau planen 10 % einen Beschäftigungszuwachs, im Durchschnitt um 15,6 % (Bauhauptgewerbe: 9 %; + 17,5 %). Eine weitere Reduzierung ihres Personalstandes erwarten 46 % der Unternehmen (Bauhauptgewerbe: 59 %; + 22,5 %).

Per saldo überwiegt also der Personalabbau in den nächsten Monaten.

Sonderumfrage nach erwartetem Bauvolumen: Mehrheit erwartet geringeres Volumen als 2001

Auf die Sonderumfrage des ifo-Instituts im Juni nach dem für 2002 erwarteten Bauvolumen antworteten die Unternehmen der bayerischen Bauindustrie folgendermaßen:

■ Im Wohnungsbau rechnen 4 % mit einem höheren Bauvolumen, im Durchschnitt um 11,5 % (Bauhauptgewerbe: 4 %; + 13,8 %). Einen Rückgang der Bauleistung erwarten 47 %, und zwar um durchschnittlich 31,3 % (Bauhauptgewerbe: 65 %; + 23,9 %).

■ Im Wirtschaftsbau rechnen 15 % mit einem höheren Bauvolumen, im Durchschnitt um 21,7 % (Bauhauptgewerbe: 16 %; + 19,7 %). Einen Rückgang erwarten in dieser Sparte 44 % der Firmen, im Durchschnitt um 17,5 % (Bauhauptgewerbe: 50 %; + 19,7 %).

■ Im Öffentlichen Bau rechnen 7 % mit einem erhöhten Bauvolumen, allerdings nur mit einem durchschnittlichen Plus von 3,7 % (Bauhauptgewerbe: 8 %; + 11,3 %). Andererseits erwarten 36,3 % einen Rückgang, im Durchschnitt um 16,9 % (Bauhauptgewerbe: 45,7 %; + 16,4 %). Am pessimistischsten sind jeweils die im öffentlichen Hochbau tätigen Unternehmen.

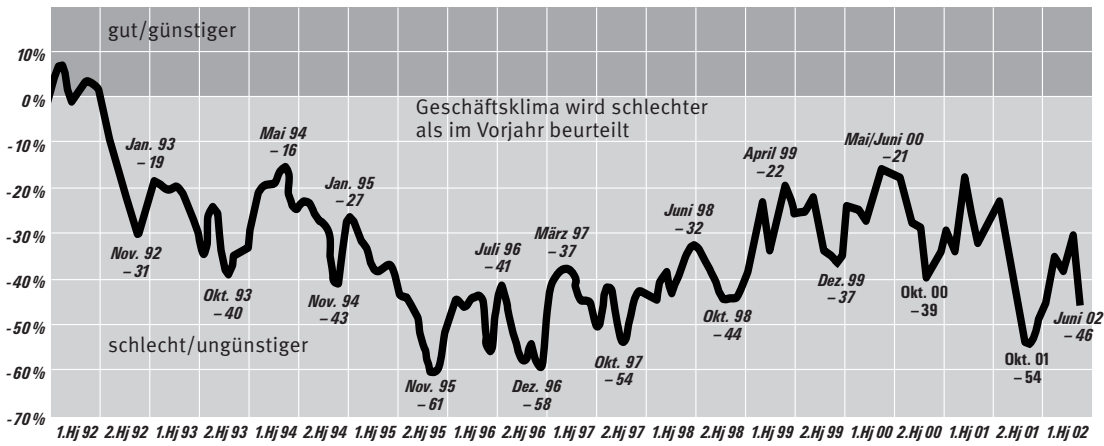
Schlechte Finanzlage der Kommunen besorgniserregend

Sorgen für die nächste Zeit macht die verschlechterte Finanzlage der Kommunen. Durch die Steuerreform sowie die schlechte Konjunkturlage sind die Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer, in der 2. Jahreshälfte 2001 eingebrochen, bei einigen Städten und Gemeinden drastisch. Zu befürchten ist, dass wieder da gespart wird, wo man es nicht sofort merkt, nämlich bei Investitionen und Bauen. In einigen Gemeinden ist in der letzten Zeit bereits eine Ausschreibungsflaute zu verspüren. Weil die Gemeinden mit einem Anteil von knapp 63 % an den öffentlichen Bauinvestitionen der bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber sind, kann diese Entwicklung spürbare Folgen für die Bauwirtschaft haben.

Eine der drängendsten Aufgaben der Bundespolitik in der nächsten Legislaturperiode wird daher eine nachhaltige Reform der Gemeindefinanzierung sein. Diese muss zwei Ziele erfüllen: den Gemeinden eine stabile, verlässliche Finanzierungsgrundlage verschaffen und dabei Anreiz für die Kommunen bieten, sich durch die Schaffung von Arbeitsplätzen besser zu stellen. Ein geeignetes Modell dafür wäre das vom BDI ausgearbeitete Konzept einer kommunalen Einkommen- und Gewinnsteuer. ■

Unternehmereinschätzung Geschäftslage und Geschäftserwartungen (nächste 6 Monate)

Durchschnitt gut/schlecht und günstiger/ungünstiger in Prozent

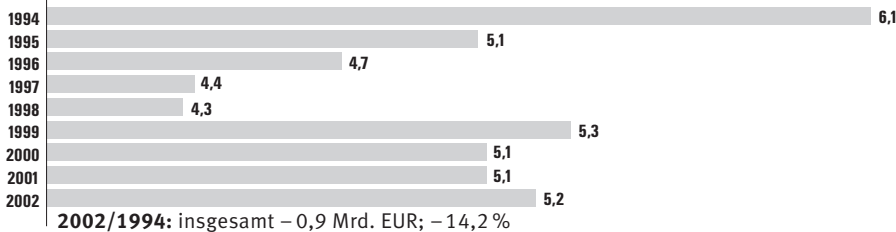


Quelle: ifo-Konjunkturtest Bau Bayern

In Bayern leichtes Plus bei Neuaufträgen, anhaltender Rückgang in Westdeutschland ohne Bayern

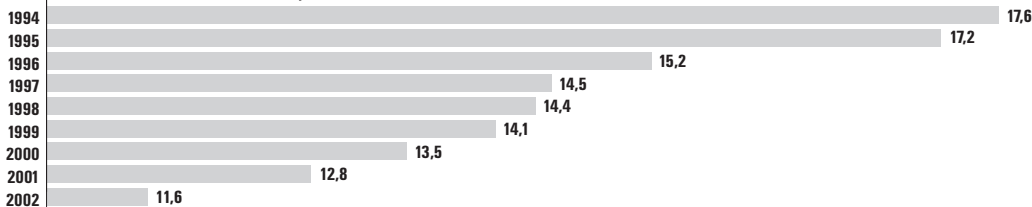
In Bayern Auftragseingänge nach schlechten Maizahlen nur noch um 2,6 % über Vorjahr; im Durchschnitt der anderen Westländer kontinuierlicher Rückgang 1994. Auftragseingänge jeweils Januar – Mai, in Mrd. EUR

Bayern



2002/1994: insgesamt – 0,9 Mrd. EUR; – 14,2 %

Westdeutschland ohne Bayern



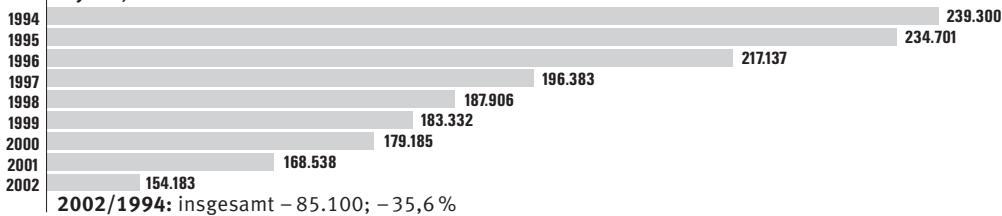
2002/1994: insgesamt – 6,0 Mrd. EUR; – 34,0 %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt; Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1994 der Abgrenzung angepasst.

Abbau der Arbeitsplätze am Bau setzt sich beschleunigt fort

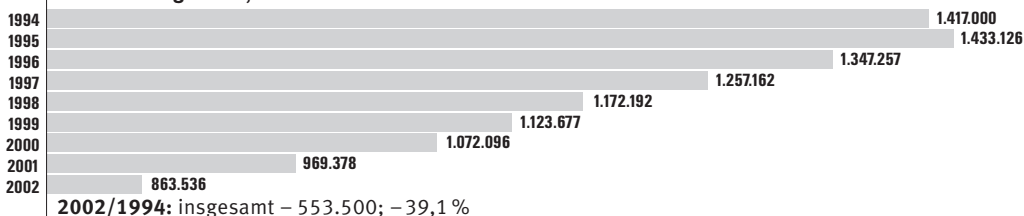
Auch in Bayern Zahl der Arbeitsplätze im Mai wieder verstärkt zurückgegangen

Bayern jeweils Mai



2002/1994: insgesamt – 85.100; – 35,6 %

Deutschland gesamt jeweils Mai



2002/1994: insgesamt – 553.500; – 39,1 %

Quelle: Amtliche Statistik, Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; 1994 auf diese Abgrenzung umgestellt, Werte 2001 vorläufig.



Tarifrunde 2002

Wechsel auf die Zukunft

Trotz Aufkündigung der Rahmen- und der Entgelttarife, der Reformbedürftigkeit der ZVK-Rente, einer gescheiterten Schlichtung und der Durchführung des ersten Streiks in der Nachkriegsgeschichte des Deutschen Baugewerbes ist es am 4.7.2002 unter der Verhandlungsführung des Präsidenten des BBIV und Vizepräsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, gelungen, ein Tarifpaket für die Zukunft zu schnüren.

Erfolgreiche Verhandlungsführung

Die 122-stündigen Verhandlungen wurden von den schwierigen strukturellen Probleme des Ost/West-Konfliktes innerhalb der Bauwirtschaft genauso geprägt wie von der allgemein dramatischen konjunkturellen Situation der Branche.

Streik ohne Streikkultur

Besondere Kritik gilt der IG BAU mit ihrem Spiel mit dem Feuer: Streik sollte als äußerstes Mittel einer Tarifaus-einandersetzung erst dann angewendet werden, wenn alle Möglichkeiten einer Einigung ergebnislos geblieben sind. Mit dem Ausstieg aus der Schlichtung kurz vor der Ziellinie hat die IG BAU dies verweigert. Und Streikmaßnahmen sollten vor allem immer die tarifpolitischen Chancen und die wirtschaftspolitischen Vorgaben der Branche reflektieren: Dass auch dies nicht geschah, bestätigten sogar Arbeitnehmer über all dort, wo bei dem ersten Streik in der Nachkriegsgeschichte ihre fehlende Gefolgschaft zu letztendlich lediglich mittelbaren Streikaktionen gezwungen hat, bei denen nicht mehr die Arbeitnehmer am Bau die Akteure waren, sondern „eingekaufte“ Dritte.

Lohnrunde 2002

Das Verhandlungsergebnis hat die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren nach über 7 Tage laufenden Streikaktionen unstrittig erreicht, ja sogar überschritten: Deshalb die nur mehrheitliche Zustimmung der Arbeitgeber zum Tarifvorschlag vom 25.6.2002 am 4.7.2002. Die politische Tarifmarke von 3,2 % ab 1.9.2002 konnte nur bedingt die schwierige konjunkturelle Situation berücksichtigen, in der sich die Bauwirtschaft befindet, auch wenn die Tarifmarke in der Bauwirtschaft deutlich unter den Abschlüssen der sonstigen Branchen liegt.

Tarifpaket vom 4.7.2002:

Leistungsorientierte Lohngruppen

Der Erfolg der Einigung vom 4.7.2002 liegt insbesondere in der Einführung einer neuen Lohngruppenstruktur in Bestätigung der für die Bauwirtschaft unverzichtbaren Flächentarife. Diese vollzieht nunmehr auch im Bereich der gewerblichen Arbeitnehmer eine tätigkeitsorientierte Entgeltregelung wie bei den Angestellten und Polierern. Die angestrebte Allgemeinverbindlichkeit des Lohnes der Lohngruppe 2 als Mindestlohn 2 wird die Deutsche Bauwirtschaft besser auf die Erweiterung des europäischen Baumarktes vorbereiten. Insgesamt weist nunmehr neben dem RTV Angestellte auch der BRTV eine moderne Entgeltstruktur aus.

Wechsel auf die Zukunft

Tarifvertragliche Regelungen sind geduldig, nur Makulatur und nicht der Mühe wert, wenn es nicht gelingt, die eigene Selbstdisziplin und die Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarife vor marktwirtschaftliche Zielsetzungen zu stellen. Die Allgemeinverbindlichkeit der Mindestlöhne 1 und 2 kann nur im Fall strikter Einhaltung die ihr zugeordnete Ordnungsfunktion im bau-

Eckwerte der Tarifeinigung vom 4.7.2002

- Erhalt der Flächentarife über moderne Fassung von BRTV/RTV Angestellte.
- Tarifeinheit über gemeinsame Verhandlungen Ost/West.
- Sicherung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen über Einführung von Mindestlöhnen – auch gegen Lohndumping aus dem Bereich der EU/MOE-Staaten.
- Fortschrittliche Sicherung der ZVK-Rente und langfristige Umstellung auf Kapitaldeckungsverfahren.
- Entgelterhöhung Unterhalt allgemeinen Tarifmarke von 3,5 %.

Neue Entgeltregelungen

Anhebung der Löhne, Gehälter Ausbildungsvergütungen 3,2 % ab 1.9.2002, 2,4 % ab 1.4.2003; Festbeträge in Höhe von je 75,- € für Leermonate Juni, Juli, August 2002.

Neue Mindestlöhne

ML 1 (West) ab 1.9.2002 = 10,12 €
ML 2 (West) ab 1.9.2003 = 12,47 €

Moderne Lohngruppenstruktur

Werker	Lohngruppe 1
Fachwerker	Lohngruppe 2
Facharbeiter	Lohngruppe 3
Spezialfacharbeiter	Lohngruppe 4
Vorarbeiter	Lohngruppe 5
Werkpolier	Lohngruppe 6

marktlichen Wettbewerb erfüllen; kein Beteiligter am Bau, Hauptunternehmer oder Subunternehmer, darf in dem Unterlaufen allgemeinverbindlicher Tarife ein Kavaliersdelikt sehen, jeder muss die Einhaltung der Tarife eigenverantwortlich als marktwirtschaftlich unverzichtbaren Ordnungsfaktor einfordern. ■

Mit dem Bau Zukunft schaffen

BBIV-Vorstand im Gespräch mit bayerischen Haushaltspolitikern

In guter Tradition

Politischer Austausch zu Lage, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten um die Bauwirtschaft herum – seit Jahren stehen Haushaltspolitiker des Bayerischen Landtags und der Vorstand des BBIV dazu in gutem und vertrauensvollem Gespräch. Seiner Fortsetzung diene der Parlamentarische Abend des BBIV Anfang Juli 2002 im neu erstrahlenden Haus der Bayerischen Bauindustrie.

Bau im 8. Jahr der Krise

BBIV-Präsident Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer trug zunächst die schlechten Nachrichten vor: Deutschlandweit steht der Bau im achten Jahr der Krise, seit 1994 gingen über 500.000 Arbeitsplätze verloren, Bayern war dabei genauso betroffen wie alle anderen Bundesländer. Bei den 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland „ist die Bauwirtschaft mit 500.000 dabei“. Positive Perspektive bieten erste Anzeichen für ein Schließen der Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bei Bauleistungen. Statistisch messbare Verbesserung zeichnet sich derzeit nur in Bayern ab, das 2001 und Anfang 2002 als einziges Flächenland ein Plus beim Auftragseingang kannte.

Bau fordert Reform der Gemeindefinanzierung

Größtes Risiko für die leichten Besserungstendenzen am Bauproduktmarkt ist die dramatische Finanzschwäche der Kommunen. Diese könnte sogar die Fortsetzung der Bau-Rezession in 2003 hinein bewirken. Bauer fordert deshalb dringend eine Reform der Gemeindefinanzierung, vorzugsweise nach dem BDI-Modell, das die Gewerbesteuer durch einen mit eigenem Hebesatzrecht ausgestatteten Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer ersetzt.

Bundes-Infrastrukturministerium

Eindringlich forderte Bauer einen höheren Stellenwert vor allem des Infrastrukturbaus in der deutschen Politik. Kein Unternehmen könne sich einen so nachlässigen Umgang mit Investitionen leisten wie ihn die deutsche Politik vormache. Um dem vorzubeugen, fordert Bauer die Einrichtung eines Bundesministeriums für Infrastruktur, mit dem Auftrag, zu vermitteln: „Bauen schafft Zukunft“.

Privater Autobahnbau

Als weitere notwendige Antwort auf die Defizite der Infrastrukturpolitik benannte Bauer die privatwirtschaftliche Realisierung von Bundesverkehrswegen. Dabei gehe es nicht nur um den bedarfsgerechten Ausbau des Autobahnnetzes, sondern genauso um die Sicherung seines Bestandes als Anlagevermögen für die nächste Generation.



Dialog für den Bau: Dr. Ingrid Fickler, MdL, BBIV-Vizepräsident Dr.-Ing. Hans-Joachim Wolff, Manfred Ach, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, BBIV-Präsident Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, Adolf Dinglreiter, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, BBIV-Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess, Dipl.-Ing. Richard Weidinger, Vorsitzender Bezirksverband Schwaben des BBIV.

Schulden runter, Investitionen rauf

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Manfred Ach, MdL, stellte fest, der Bau hinke hinter der traurigen allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nochmals hinterher. Bayern könne jedoch mit seiner Investitionspolitik nicht alle Versäumnisse des Bundes ausgleichen. Ziel – gerade auch im Umgang mit den Privatisierungserlösen – sei es, die Verschuldung niedrig und die Investitionen hoch zu halten. Ach sagte zu, dass speziell im Bereich Staatsstraßenbau im Doppelhaushalt 2003/2004 das Gesamtniveau gehalten würde.

Investitionsanreize schaffen

Besonders betonte Ach die Schaffung von Investitionsanreizen für den Wohnungs- und Infrastrukturbau, die Erhöhung der Investitionsquote des Bundes auf 12,5 %, die Fortführung des Zukunftsinvestitionsprogramms, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Förderung des Wohnungsbaus durch die Riester-Rente sowie die Förderung des Mietwohnungsbaus.

Prinzip „Straße finanziert Straße“

Der traditionell hinzu geladene Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, Adolf Dinglreiter, MdL, betonte, im ständig zunehmenden Verteilungskampf würde der Bundesfernstraßenbau ohne eine eigene Finanzierungsgrundlage unter die Räder kommen. Dinglreiter forderte in diesem Zusammenhang entschieden, die geplante LKW-Maut vollständig nach dem Prinzip „Straße finanziert Straße“ zu verwenden. Denn, so Dinglreiter auch vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung: „Das Teuerste ist es, wenn wir Infrastruktur nicht bauen können“. ■

Siedlungsmodelle Bayern

Freistaat und Bauindustrie tragen eine Ausstellung im Europäischen Parlament

Am 10.7.2002 wurde im Europäischen Parlament in Brüssel die Ausstellung „Siedlungsmodelle in Bayern“ eröffnet – gemeinsam getragen vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union, dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. sowie dem Bayerischen Bauindustrieverband e.V.



V.l.n.r.: Dr. Günther Beckstein, Bayerischer Staatsminister des Innern; Dr. Joachim Wuermeling, MdEP; BBIV-Präsident Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer; Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Bauen in Bayern Beispiel für Europa

Die Ausstellung gibt über die nationalen Grenzen hinweg Anregungen, modellhafte bayerische Wege zu preiswertem, ökologischem und sozialem Wohnen bei künftigen Projekten des Städte- und Wohnungsbaus in ganz Europa aufzugreifen.

Europa vor großen Bauaufgaben

Der Schirmherr der Ausstellung, der Europaabgeordnete Dr. Joachim Wuermeling, ging in seinem Gruß auf die großen städte- wie wohnungsbaupolitischen Herausforderungen in Europa ein. Wuermeling denkt dabei an den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Bewältigung der Verkehrsprobleme, eine angemessene Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen und an das Problem der Zersiedelung der Landschaften. Darüber stünden in Mittel- und Osteuropa immense Bauvolumina an.

Drei Ziele in Einklang: ökologisch, sozial und preiswert

Dr. Günther Beckstein, Bayerischer Staatsminister des Innern, umriss die Aufgabe des Staates am Beispiel der bayerischen Modellvorhaben „Siedlungsbau“: Spielräume für Investoren zu schaffen, damit neue Lösungen getestet und für den Markt vorbereitet werden können. Mit den aktuellen Siedlungsmodellen wolle man auch die „Quadratur des Kreises“ lösen: gleichzeitig billiger und besser bauen.

Dazu Beckstein: „Die Kosten, die ökologischen Anforderungen und die sozialen Ziele sollen durch intelligente, innovative Lösungen in Einklang gebracht werden – und das mit einer hohen Qualität in der Gestaltung“. Die Siedlungsmodelle sollten so demonstrieren, wie eine nachhaltige Stadtentwicklung mit praxistauglichen Lösungen im Maßstab 1:1 umgesetzt wird. Denn, so Beckstein, „nur das Gebaute, das sich im Alltag bewährt, kann Vorbild sein. Die Zufriedenheit der Bewohner ist der entscheidende Gradmesser für den Erfolg“.

Bauqualität durch Partnerschaft

Auf eines wies der Innenminister besonders hin: „Überzeugende Lösungen sind nach unseren Erfahrungen nur möglich, wenn alle am Bau Beteiligten zusammenwirken. Architekten, Ingenieure, Investoren, Verwaltung, Baufirmen und Bauindustrie müssen Hand in Hand arbeiten, wenn eine hohe Qualität erreicht werden soll“.

Den Wandel gestalten

Der Dritte im Eröffnungsreigen, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, hielt für den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie wie für den Bayerischen Bauindustrieverband die Bedeutung des Wohnungs- und Siedlungsbaus für die Gestaltung des Wandels eines Landes und einer Gesellschaft fest. Umso wichtiger sei es, Hemmnisse des Wohnungsbaus wie die immer höheren

Transaktionskosten und die Bürokratisierung des Genehmigungswesens wieder in den Griff zu bekommen.

Wohnen braucht Anschluss zur Mobilität

Nicht übersehen werden dürfe auch der Infrastrukturbedarf, der sich mit jedem Siedlungsbau notwendig verbinde. Bauer: „Wer für das Wohnen baut, muss die Mobilität mit einplanen und auch für sie bauen.“ Dazu gehört für Bauer der Ausbau der Straßen – als lokales wie großräumiges Anliegen – genauso wie die Entlastung städtischer Lebensräume durch den Bau von Tiefgaragen.

Qualifizierung und Leistungswettbewerb

Besonderen Wert legte Bauer auf eine geregelte Qualifizierung des Bau-Knowhows – Qualifizierung verstanden als Voraussetzung eines europäischen Leistungswettbewerbs, der allein die Baukompetenz für den Infrastruktur- und Siedlungsbau der Zukunft sichert. ■

Neuer Stillstand im Infrastrukturbau für Bayerns Städte

Die Bauindustrie fordert ein Ende kommunaler Verkehrsinfrastrukturblockade und Sonderfinanzierung des Bundes für Schlüsselprojekte

Planungsstau überwinden – Sonderfinanzierung finden

„Wirtschaftskraft und Wohlstand in Bayerns großen Städten hängen am Ausbau einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur – und da wird plötzlich neuer Stillstand produziert“, kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess. Für hängende Projekte müsse der Planungsstau überwunden und eine Zwischen- oder Sonderfinanzierung gefunden werden.

Bund und Kommunen bremsen

Im Bremserhäuschen sieht Hess bayernweit Bund und Kommunen:

Augsburg

Der Entwicklung – direkt abhängig von der Vernetzung mit dem Großraum München – fehlt der Schwung, da Berlin nach wie vor nicht bereit ist, den Ausbau der A 8 Richtung München in die Liste privat zu realisierender Projekte aufzunehmen.

München

Der A 99, in langen Auseinandersetzungen durchgefachte Westumgehung, droht der Baustopp, weil Berlin mit dem Anti-Stau-Programm in Verzug geraten ist.

Nürnberg

Am Frankenschnellweg, lebensnotwendige und längst überlastete Ausfall- und Entwicklungsachse, bringt die neue Stadtführung die schon weit gediehene Ausbauplanung zum Stocken und gefährdet das gesamte Finanzierungskonzept.

Straubing / Vilshofen

Mit dem rechtlich fragwürdigen Bundestagsbeschluss zum nur so genannten „sanften“ Ausbau der Donau verlieren sämtliche städtischen Zentren an der Donau die Entwicklungsperspektive, die in einem echten Ausbau zur transkontinentalen Verkehrsachse liegt – für Hess „das wohl teuerste Stauprogramm Europas, versteckt unter dem Mantel des Umweltschutzes“.

Würzburg

Wieder einmal regt sich Widerstand gegen die für die Stadt existentielle Westumgehung, weil, so Hess, „etlichen Kommunen das Kirchturmdenken den Blick für die eigene Zukunft verstellt“.

Investitionsstau blockiert Folgeinvestitionen

„Ein Schuss in das eigene Tor“ nennt Hess die kommunale Infrastrukturblockade in Nürnberg und um Würzburg. Denn der wirtschaftliche Ausfall für die finanziell klammen Städte und Gemeinden ist mindestens genauso dramatisch wie die Wirkung auf den Not leidenden Baumarkt: Mit jeder Milliarde unterlassener Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur fallen weitere 1,3 Milliarden Folgeinvestitionen aus.

Wer Bayern bremst, bremst Deutschland aus

Vom Bund fordert Hess für die A 99 eine Zwischenfinanzierung. Und für den Ausbau der ganzen A 8 und der A 3 in Bayern dürften privatwirtschaftliche Modelle genauso wenig ein Tabu sein wie in Thüringen, wo dafür gleich drei Projektalternativen geprüft werden. Denn, so Hess: „Bayern ist der wirtschaftliche Motor der Bundesrepublik. Wer Bayern ausbremst, der bremst die Wirtschaft in ganz Deutschland.“ ■

Städte und Gemeinden gehen am Stock – in ganz Deutschland, und derzeit ohne große Perspektive. Auch in Bayerns Kommunalhaushalten ist Schmalhans Küchenmeister. Auswege gibt es nur zwei: Entweder bekommen die Städte einen größeren Anteil am Kuchen – oder die Chance auf neue Einnahmen. Und da gilt: Wer am Verkehrsdrehkreuz sitzt, der macht Geschäfte. Er generiert Wohlstand und trägt ihn in die Region.

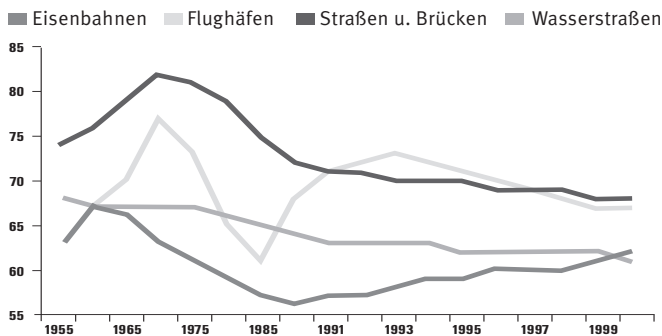
Bayerns Städte brauchen ihre Verkehrsdrehkreuze. Ihre Lebensqualität und Entwicklung hängt an ihrer Einbindung in die unmittelbare Umgebung und einer möglichst staufreien Verbindung nach außen.

In der Praxis hakt es damit allerorten: Nicht Verkehrsfluss, sondern Verkehrsstau prägt die großen Verkehrsachsen um und zwischen unseren Städten. Hier muss entschlossen investiert werden. Wer auch immer das blockiert, verbaut nicht nur den Städten den Weg in eine finanziell gesicherte Zukunft.

Zukunft unter den Rädern?

Einige Argumente zu einer vorwärtsgewandten Verkehrswegepolitik

Zustand des Verkehrswegenetzes: Modernitätsgrad sinkt laufend

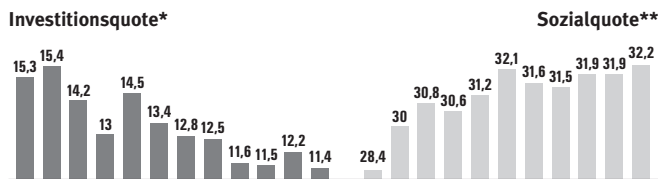


Netto-Anlagevermögen in % des Brutto-Anlagevermögens
Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Sachstand: Der Modernitätsgrad des Anlagevermögens „Verkehrswegenetz“ verschlechtert sich deutschlandweit im Bereich Straße und Wasserstraße seit Jahrzehnten – ein Raubbau an der Zukunft. Positive Tendenzen gibt es lediglich im Bereich Schiene. Damit wird die öffentliche Investitionspolitik weder dem Ziel der Vermögenssicherung noch den Verkehrsproblemen der Zukunft gerecht.

Handlungsbedarf: Die Investitionsquote im Bundeshaushalt muss auf 13 % gehoben werden.

Konsum vor Investition?



* Anteil Investitionen an den Gesamtausgaben im Bundeshaushalt in %
** Anteil Sozialausgaben am BIP in %

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Sachstand: Eklatant sichtbar wird die Vernachlässigung des Anlagevermögens am Verhältnis der Investitionen zu den öffentlichen Sozialausgaben: Die Verschiebung der Ausgaben des Bundes in den Konsum ist mit nachhaltiger Vermögenssicherung nicht zu vereinbaren. Der Zusammenhang zwischen funktionierender Infrastruktur und sozialer Leistungsfähigkeit gerät völlig aus dem Blick.

Handlungsbedarf: Verständnis der Infrastruktur als Kapitalstock für private Vermögensbildung. Voraussetzung: privatwirtschaftliche Lösungen (PPP-Modelle) für Streckenfinanzierung und Betrieb des Autobahnnetzes.

Anlagevermögen bleibt unbeachtet

Sachstand: Der kürzlich vorgelegte sog. „Geschäftsbericht der Bundesregierung“ räumt dem gewaltigen Anlagevermögen des Bundes keinen Platz ein.

Handlungsbedarf: Die Öffentlichkeit muss sichtbare Rechenschaft über den Wert und Zustand des Anlagevermögens „Verkehrswegeinfrastruktur“ bekommen. Damit beauftragt werden muss ein Bundes-Infrastrukturminister als Kompetenzträger und Lobbyist für den Infrastrukturbau.

Privatwirtschaftliche Realisierung

Sachstand: Ohne privatwirtschaftliche Lösungen wird die Verkehrsinfrastruktur im immer härteren Verteilungskampf um öffentliche Mittel noch mehr als bisher unter die Räder kommen. Damit verbunden wäre ein dramatischer Qualitätsverlust des Standortes Deutschland in jeder Beziehung: wirtschaftlich, sozial und in Lebensqualität und Umweltschutz.

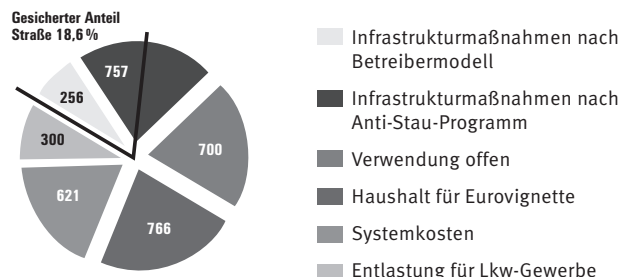
Handlungsbedarf: Umsetzung der privatwirtschaftlichen Realisierung im Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen ohne Wenn und Aber.

Zweckentfremdung von Mitteln

Sachstand: Aus der Lkw-Maut von 3,4 Mrd. DM/Jahr fließen nach dem gegenwärtigen Planungsstand nur 29,8 % in den Infrastrukturbau, nur lächerliche 18,6 % in die Straße. Dem beliebigen Zugriff des Bundesfinanzministers auf die mit der Lkw-Maut eingenommenen Mittel, mithin ihrer Zweckentfremdung, sind Tür und Tor geöffnet.

Momentane Verteilung der Lkw-Mauteinnahmen von 3,4 Mrd. EURO

Angaben in Mio. EURO



Quelle: DVZ (04/2002)

Handlungsbedarf: Lkw-Mauteinnahmen müssen nach dem von der Pöllmann-Kommission vorgegebenen Prinzip „Straße finanziert Straße“ verwendet werden. ■

Donauausbau: Weg mit den Scheuklappen

Dr. Roland Fleck

Vorsitzender des Deutschen Wasserstraßen- und Schiffsverkehrsvereins Rhein-Main-Donau e.V.

Die Rhein-Main-Donau-Wasserstrasse hat eine Länge von 3.469 km und verbindet die Nordsee mit dem Schwarzen Meer. Im Einzugsbereich dieses transeuropäischen Wasserweges leben über 220 Millionen Menschen. Zwischen Straubing und Vilshofen befindet sich einer der wesentlichen Infrastrukturengpässe dieser wichtigen Transportrelation, auf dessen 69 km es immer wieder zu logistischen und nautischen Unwägbarkeiten für die Binnenschifffahrt kommt. Die Folge: Der Handel vor allem mit Südost-Europa wird auf die Straße gedrängt.

Um diesen Zustand zu beseitigen, wurden flussbauliche und staugestützte Ausbauvarianten entwickelt und untersucht. Die Ergebnisse zeigen klar, dass eine für die Binnenschifffahrt notwendige Abladetiefe von 2,50 m nur durch einen staugestützten Ausbau erreicht werden kann. Dieser entspricht auch den Zielen der Europäischen Kommission: Auch sie will die Engpassbeseitigung, um Verkehrsverlagerungen von der Straße auf die Wasserstraße zu ermöglichen. Auch die geltenden Verträge zum Donauausbau sind auf die Erreichung eines staugestützten Ausbaus mit einer Abladetiefe von mindestens 2,50 m ausgerichtet. Die rot-grüne Mehrheit in Berlin streitet dies allerdings ab und hält flussbauliche Maßnahmen für ausreichend.

Nach der Debatte und Abstimmung des Deutschen Bundestages zum Donauausbau am 7.6.2002 macht der DWSV weiter Druck: Die unabgestimmte und unqualifizierte Richtungsentscheidung der rot-grünen Mehrheit für die rein flussbauliche Ausbauvariante A ist der vorläufige Tiefpunkt dieser Diskussion, nachdem schon die Ergebnisse der Expertenanhörung beim Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 20.2.2002 durch die rot-grüne Koalition ignoriert wurden. Nun hat sich auch der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, gegen den Sachverstand seiner Fachbehörden entschieden und opfert den sachgerechten Donauausbau wahltaktischen Sachzwängen. Es ist traurig, dass der Bundesverkehrsminister in dieser Weise Chancen für eine zukunftsfähige Gestaltung der Gütertransport-Infrastruktur verspielt.

Durch diese Vorfestlegung erhält der Freistaat Bayern den „Schwarzen Peter“, wenn es darum geht, die verkehrlichen Konsequenzen aus der südosteuropäischen Erweiterung der Europäischen Union zu tragen. Damit wird Bayern



Dr. Roland Fleck

die Möglichkeit verwehrt, über adäquate Infrastruktur die Abwicklung der Verkehrsströme auf dem umweltfreundlichen Verkehrsträger der Binnenwasserstraße durchzuführen. Die Folge sind noch mehr Staus und damit einhergehende Produktivitätsverluste.

Die Bundesregierung kann nicht im ideologischen Spagat einerseits die Reduzierung des Güterverkehrs auf Straßen und Autobahnen predigen, andererseits den notwendigen Ausbau der Wasserstraße mit ideologischen Scheuklappen blockieren! Es ist gerade in Zeiten schwacher Konjunktur nicht hinnehmbar, den Berufszweig der Binnenschifffahrt infrastrukturell zu knebeln und die zahlreichen positiven Effekte des Donauausbaus bei weitem nicht nur für die Bauwirtschaft weiter zu ignorieren und ein Grundanliegen deutscher Verkehrspolitik – Verlagerung des Güterverkehrs weg von der Straße – schlicht zu ignorieren.

Der DWSV erwartet im Hinblick auf die internationale Bedeutung des Verkehrskorridors Donau, dass die rot-grüne Koalition sich an geltende Rechtsgrundlagen hält. Dazu ist es nötig, die weltanschaulichen Sperrn von den Köpfen zu montieren und die positiven gesamtwirtschaftlichen und umweltpolitischen Effekte eines bedarfsgerechten Donauausbaus zur Kenntnis zu nehmen. ■

Mehr: www.schiffverkehrsverein.de

Qualität durch Werte

Das EthikManagement der Bauwirtschaft

Produktqualität –

Arbeitsqualität – Rechtsqualität

Mit Werten Qualität sichern – wie eng hier die Zusammenhänge sind, stellte der Vorsitzende des EthikManagement der Bauwirtschaft e.V., Dipl.-Kfm. Helmut Däschlein, in einem Vortrag auf der berufsgenossenschaftlichen Messe „protecT 2002“ in Kassel heraus. Däschlein ließ dabei keinen Zweifel daran, dass der Qualitätsbegriff für ihn nicht nur die Qualität des Produktes, sondern genauso die Arbeits- und die Rechtsqualität im hoch komplexen, stark von Menschen geprägten Planungs- und Produktionsprozess am Bau umfasst.

VOB-Flucht fördert Korruption

Einleitend ging Däschlein auf die Entstehung des EthikManagement der Bauwirtschaft (EMB) ein, die Anlass gab, nicht nur ein neues Managementinstrument für wertebezogenes Arbeiten zu entwickeln, sondern auch neue Rahmenbedingungen für den Baumarkt zu fordern. Ausgehend davon zog er Parallelen zu heute: Wenn heute öffentliche oder öffentlich beherrschte Auftraggeber immer stärker aus der VOB ausbrechen, dann erinnere ihn dies an das, was die bayerische Bauwirtschaft in den 90er Jahren erlebt habe: Getrieben von finanziellen Engpässen und mit der kurzfristigen Perspektive wirtschaftlicher Vorteile werde mit der kommunalen VOB-Flucht ein rechtsstaatlich und in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen mehr als bedenklicher Weg eingeschlagen. Die Fluchtbewegung heble nicht nur die hohe Vertragsqualität der VOB aus, sondern genauso ihre ausgefeilte vorbeugende Wirkung gegen Korruption. Däschlein wörtlich: „Wer sich hier anschließt, der macht sich in unseren Augen zumindest verdächtig.“

Das Potential von EthikManagement

Die Bayerische Bauwirtschaft habe schon Mitte der 90er drei Vorteile von EthikManagement erkannt:

- Es hilft dem Unternehmer, im eigenen Haus positiv eine neue Wertorientierung zu verankern.
- Es kann den Unternehmer bei illegalem Handeln von Mitarbeitern von einem Teil der strafrechtlichen Konsequenzen entlasten.
- Es kann die Beziehungen zu den Partnern am Baumarkt auf eine neue Basis stellen.

Erfolg nach fünf Praxisjahren

Auf dieser Grundlage entwickelte der Bayerische Bauindustrieverband 1995/1996 das EMB. Nach fünf Jahren praktischer Erfahrung in Unternehmen seien, so Däschlein, drei Kernerfolge sichtbar:

- EMB vermittelt aktiv und erfolgreich Verständnis für unsere komplexe Rechtsordnung.
- Es gibt dem einzelnen Mitarbeiter die Richtschnur, die er braucht, um in den tausendfältigen Wechselfällen des operativen Geschäfts zu bestehen.
- Und es schafft die Grundlage für eine vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit am Bau.

Kurz: EthikManagement ist ein hervorragendes Instrument, um im Bauunternehmen Qualitätssicherung in Sachen Recht zu betreiben – und das mit Wirkung nach innen wie nach außen.

Arbeitssicherheit

durch Selbstverantwortung

Für die Berufsgenossenschaften von besonderem Interesse sei die Auswirkung des EMB auf die Qualität und Sicherheit der Arbeit. Als Beleg für die positive Wirkung in diesem Bereich zitierte Däschlein den Konstanzer Wirtschaftsethiker Prof. Wieland, der die Wirksamkeit von EthikManagement in den Mitgliedsunternehmen analysiert hatte. Dabei wurden die genannten Qualitäten beeindruckend bestätigt. Dieses Ergebnis betont den offenen Charakter des EthikManagement: Nach dem Satz „Ethik kennt keine Grenzen“ setzen sich die Mitarbeiter in Arbeitsgesprächen und Schulungen zu den Unternehmenswerten nicht nur mit strafrechtlich relevanten Themen auseinander. Sie übertragen den Werteansatz ganz selbstverständlich auch auf andere Arbeitsbereiche. Dass hier gerade solche Bereiche profitieren, bei denen es um Verhaltenssteuerung geht – also etwa die Sicherheit am Arbeitsplatz –, liegt für Däschlein auf der Hand.

EMB als Selbstläufer

Abschließend stellte Däschlein fest: EthikManagement wirkt als „Selbstläufer“ immer mehr als Instrument zur Qualitätssicherung im und zwischen Unternehmen und ihren Partnern – unabhängig vom konkreten Gegenstand. Davon profitiert auch die Sicherheit am Arbeitsplatz. ■

Mehr:

www.bauindustrie-bayern.de/Ethik

Spiegel moderner Technikwissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, zum Bauingenieurstudium

„Die Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der TU München“ – so nennt sich eine neue Broschüre, der Name spricht für sich, und er spricht für Qualität. Der Präsident der stolzen TUM, Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann, beschreibt in seinem hier wiedergegebenen Vorwort Tradition, Selbstverständnis und Leistungsvermögen dieser Fakultät und der Fächer, für die sie steht.

Firmitas, utilitas, venustas.

Diese Grundsätze hat der römische Baumeister Vitruvius Pollio (80–20 v. Chr.) den Architekten und Bauleuten auf den Weg gegeben. Damals gab es bereits bedeutende Schriften, die zur wissenschaftlichen Entwicklung der Geodäsie führten, vor allem durch die methodischen Ansätze von Kepler und Gaus. Nichts hat das Bauingenieur- und Vermessungswesen seither an Faszination eingebüßt. Im Gegenteil: Gerade durch die sprunghafte Entwicklung der Naturwissenschaften Chemie, Physik und Biologie sowie durch die schier grenzenlosen Möglichkeiten der Informatik spiegelt das Bauingenieur- und Vermessungswesen heute die Fülle der modernen Technikwissenschaften wieder.

Ingenieure und Naturwissenschaftler unserer Hochschule haben die Entwicklung Bayerns vom Agrarland zum Hightech-Standort begleitet und maßgeblich geprägt.

Karl Max von Bauernfeind war der erste in der stattlichen Reihe der großen Geodäten und Bauingenieure unserer Hochschule. Bis in die Gegenwart hinein zeigen sich unsere Bauingenieure mit vielfach gefeierten Bau-

konstruktionen und Bauwerken, unter denen einige namhafte Brückenbauwerke zu den besonders schönen Beispielen gehören.

Das vorliegende Buch vermittelt das Bild einer Disziplin, die einerseits auf Jahrhunderte alte Traditionen aufbaut, andererseits aber ein Kaleidoskop moderner Hochtechnologie ist. Am Bauen manifestiert sich in besonders überzeugender Weise der Nutzen von Naturwissenschaft und Technik für die moderne Gesellschaft. Die Vernetzung vieler Lehr- und Forschungsgebiete zeigt sich eindrücklich am Beispiel der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Köln–Rhein/Main.

Das Bauingenieur- und Vermessungswesen ist längst nicht nur auf nationale Anforderungen beschränkt. Heute sind unsere Bau- und Vermessungsingenieure in aller Welt zu Hause und wirken auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Unsere Absolventen sind international gefragt, weil sie am wissenschaftlichen Gegenstand ausgebildet, in der Grundlagen- und Objektforschung geschult und fachlich als Generalisten mit breitem naturwissenschaftlich-technischen Horizont ausgestattet sind.

Die akademische Ausbildung in der Fakultät zeichnet sich durch die kürzesten Studienzeiten in Deutschland aus: 10,8 Semester inklusive Diplomarbeiten. Ein exzellentes Beispiel für Internationalität und Interdisziplinarität ist der postgraduale Master-Studiengang „Land Management and Land Tenure“, der insbesondere aus Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern Studierende sowie



Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann,
Präsident der TU München

Experten nach Bayern bringt. Damit gibt es nach einer frühzeitigen Orientierung der Fakultät nach Europa – Doppeldiplomstudium mit der Ecole des Ponts et Chaussées, der ersten Ingenieurhochschule der Welt – einen globalen Ansatz.

Starke hochschulinterne Allianzen haben sich beispielsweise mit der Bauchemie (Garching), einem neuen Lehrstuhl, gebildet. Bezeichnend ist auch die fachliche Verschränkung mit lebenswissenschaftlichen Ansätzen unseres Standorts Weihenstephan, so etwa mit der Vegetationsökologie und der Forstwissenschaft. Hochschulweit bildet sich unter Initiative unserer Bauingenieure der Schwerpunkt Wasser heraus. Diese Entwicklung ist umso drängender, als Wasser als ein von der Verknappung bedrohtes Gut bald als Jahrhundertthema der Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften aufscheinen wird. ■

Mehr zur Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der TUM sowie die Bezugsadresse der Broschüre finden Sie unter www.bv.tum.de

Neue Studie „Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland“

Um über die aktuellen Struktur- und Konjunkturprobleme hinaus die mittel- und langfristigen Entwicklungsperspektiven der deutschen Bauwirtschaft aufzuzeigen, hatte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie beim Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn (IWG) eine Studie zum Thema „Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland – Umfeld, Probleme und Perspektiven“ in Auftrag gegeben. Die Studie stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Meinhard Miegel, einem der renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands, der durch seine pointierten Aussagen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik auch der großen Öffentlichkeit bekannt ist.

Hauptergebnis: Bauwirtschaft vor tief greifendem Umbruch

Die Studie macht unmissverständlich klar: Der Strukturwandel in der Bauwirtschaft setzt sich in den nächsten Jahren fort, in einigen Bereichen gewinnt er sogar noch an Dynamik. Im Einzelnen:

Im **Wohnungsbau** werden sich die Unternehmen auf einen generell schrumpfenden Markt einstellen müssen. Vor allem der Geschosswohnungsbau wird unter dem demographischen Wandel zu leiden haben. Bis zum Jahr 2015 wird die Zahl der Einzelhaushalte noch zunehmen, dann stagnieren; spätestens ab dem Jahre 2030 muss mit einem rückläufigen Bedarf an Wohnungen gerechnet werden. Neue Chancen erwachsen im Marktsegment Modernisierung und Instandsetzung. Vor allem kleinere und mittlere Bauunternehmen sollten davon profitieren können.

Im **Wirtschaftsbau** wird der bausparende technische Fortschritt zu einer geringeren Baunachfrage des verarbeitenden Gewerbes führen. Durch den anhaltenden Strukturwandel werden die dadurch im Industriesektor verursachten Nachfrageverluste durch die zunehmende Baunachfrage des Dienstleistungssektors aufgefangen, möglicherweise sogar überkompensiert.

Im **öffentlichen Bau** werden die Bauunternehmen unter der Krise der staatlichen Finanzierungssysteme zu leiden haben. Gleichzeitig eröffnen sich jedoch als Folge des weltweiten Trends zur Entstaatlichung neue Beschäftigungschancen auf bislang staatlich beherrschten Märkten. Neben privat betriebenen Großprojekten wie Flughäfen, dem Bau von Meeresquerungen oder Tunneln, für die sich Großbauunternehmen und große Mittelständler interessieren, ist dabei auch an eine Vielzahl kleinerer Projekte zu denken, vom Energieeinsparcontracting über die Sanierung und den Betrieb von Schulen bis hin zum Bau von Entsorgungsanlagen. Hier liegen auch für kleinere Unternehmen Chancen.

Prof. Miegel:
„Die Zukunft der deutschen Bauwirtschaft wird wesentlich von ihrer Fähigkeit abhängen, sich diesen Entwicklungen anzupassen“

Der deutschen Bauwirtschaft eröffnen sich auch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends neue Marktchancen. Allerdings werden die Wachstumsspielräume nicht mehr so groß sein wie zu Beginn der 90er Jahre; mit

Raten von 1 bis 1,5 % pro Jahr sind sie aber auch nicht zu vernachlässigen. Insbesondere gilt dies für den Wirtschaftsbau und den öffentlichen Bau, dessen Produktionsniveau voraussichtlich in der Dekade 2001 bis 2010 um 4 % über dem der 90er Jahre liegen wird.

Studie bietet Unternehmensleitungen Informationen zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens

Dank ihrer pointierten Aussagen sowie ihrer detaillierten Prognosen kann die Studie allen Führungskräften im Bauunternehmen empfohlen werden, insbesondere denen, die sich mit der strategischen Ausrichtung und Weiterentwicklung befassen. ■



Die Studie Adrian Ottmad, Peter Hefele, Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland – Umfeld, Probleme, Perspektiven ist im Olzog-Verlag München erschienen (ISBN 3-7892-8093-3) und kostet 20,- €.

Bauen ist Standortpolitik

Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes München-Oberbayern im neuen „Haus der Bayerischen Bauindustrie“

Für die Mitglieder des Bezirksverbandes München-Oberbayern war der 18.6.02 eine Premiere der besonderen Art: Es war die erste offizielle Verbandsveranstaltung im neuen „Haus der Bayerischen Bauindustrie“. In seinen einleitenden Worten ging deshalb der Bezirksverbandsvorsitzende, Dipl.-Ing. Rainer Schuster, auf die Funktion des neuen Gebäudes kurz ein: So soll dieses Haus im Zeichen der Strukturwende Optimismus und Neuanfang symbolisieren. Es soll in seiner Funktion ein hocheffizientes Kompetenz-Center für das Bauen in Bayern werden: Fokus für verbandspolitischen und baufachlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch für externe Gäste wie für unsere Mitgliedsunternehmen.

Forderung an die Politik:

Schnelle Umsetzung von Reformen

Die Anwesenheit des Ehrengastes der diesjährigen Bezirksversammlung, Frau Gerda Hasselfeldt, MdB, war für den Vorsitzenden willkommene Gelegenheit, verbandspolitische Wünsche und Forderungen direkt zu platzieren. So forderte Schuster von Regierung wie Opposition generell wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen und eine noch schnellere Umsetzung der Reformen.

Bauwirtschaftlicher Problemerkatalog

Den bauwirtschaftlichen Problemerkatalog fasste der Vorsitzende in vier Punkten zusammen:

- die zunehmenden Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme bei den Bauunternehmen, insbesondere auch hervorgerufen durch die restriktiven Kreditvergaben der Banken (Basel II).



Frau Gerda Hasselfeldt, MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes München-Oberbayern des BBIV, Dipl.-Ing. Rainer Schuster

- Der Investitionsattentismus der öffentlichen Hände, hervorgerufen durch übertriebene Haushaltskonsolidierung und das Zurückziehen des Staates aus seiner Investitionsverantwortung. So wäre es wünschenswert, die Investitionsquote des Bundes von derzeit 11,2 % in den nächsten vier Jahren auf mindestens 15 % anzuheben.

- Den fast gänzlichen Zusammenbruch im Wohnungsbaumarkt. Beispiel München: So wurden von Januar bis Mai 2002 nur 1.158 Wohnungen fertiggestellt; im Jahr davor waren es noch 1961 Wohnungen. Der Grund: Vor allem investitionshemmende Rahmenbedingungen haben viele Investoren veranlasst, ihr Kapital nicht mehr in Wohnimmobilien anzulegen.

- In der grundsätzlichen Fehleinschätzung aller öffentlichen Haushalte zum notwendigen und nachhaltigen Ausbau der heimischen Infrastruktur. Das Konzept hierzu lautet:
 1. Förderung der privaten Infrastrukturinvestitionen und
 2. strikte Verwendung der Lkw-Maut zur Finanzierung unseres Bundesfernstraßensystems.

Eindringlich forderte Schuster, diese Gesichtspunkte zum Schwerpunktthema im kommenden Bundestagswahlkampf zu machen.

Gerda Hasselfeldt, MdB:

Formel 3 x 40 Prozent als wirtschaftspolitische Leitschnur

Die Gastrednerin, Frau Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ging in ihren Ausführungen auf grundsätzliche Aspekte der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik näher ein: So lässt sich eine nachhaltige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach der Formel 3 x 40 % erreichen:

- Senkung der Staatsquote auf 40 %,
- Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf unter 40 % und
- Senkung des Spitzensteuersatzes auf unter 40 %.

Darüber hinaus plädierte Frau Hasselfeldt für eine nachhaltige Verbesserung der steuerpolitischen Rahmenbedingungen:

- Vereinfachung des Steuerrechts,
- Verlässlichkeit der Steuerpolitik,
- Entbürokratisierung des Steuerrechts und
- eine Steuerpolitik, die Wachstumsimpulse induziert.

*Bau der Hochgeschwindigkeitsschiens-
strecke in Taiwan – eine technologische
und logistische Meisterleistung. Vorge-
spannte Einfeldträger mit Hohlkasten-
querschnitt: jeweils 820 Tonnen schwer
und 35 Meter lang. Für die 345 km lange
Schiensstrecke benötigt man 2064 sol-
cher Brückenfelder.*

*Foto:
Bilfinger Berger Bauaktiengesellschaft*



Auch im Bereich der Wohnungspolitik ist eine grundsätzliche Verbesserung der Rahmenbedingungen dringend erforderlich, so u. a.:

- Aufhebung der Beschränkung bei der Verlustrechnung,
- Verbesserung der Abschreibungsbedingungen
- und die Zurückführung der Spekulationsfristen.

Bauen ist Infrastrukturpolitik

An die Adresse der Politik gerichtet, verdeutlichte RA Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des BBIV, in der anschließenden Diskussion den Stellenwert des Bauens und der Bauwirtschaft: „Bau ist mehr als Wohnungsbau, Bauen ist vielmehr Infrastrukturpolitik zum Wohl und Nutzen von Bürgern und Gesellschaft“. Die Zeit bis zur Bundestagswahl gibt den Verbänden gute Gelegenheit, die berechtigten Interessen und Forderungen der Bauwirtschaft bei den politischen Entscheidungsträgern zu platzieren. ■

Warum geht es im Ausland schneller als bei uns?

Beispiel Hochgeschwindigkeitsschiensstrecke in Taiwan

Im zweiten Teil der Versammlung hielt Dipl.-Ing. Schuster einen beeindruckenden Powerpoint-Vortrag zur Planung und zum Bau der Hochgeschwindigkeitsschienenstrecke in Taiwan. So erhielt im Jahr 1997 ein taiwanesisches Konsortium als BOT-Modell konstruiert die Konzession für den Bau und Betrieb dieser Strecke auf 35 Jahre. Diese Hochgeschwindigkeitsschienenstrecke ist 345 km lang und verbindet Taipeh mit der Hafenstadt Kaohsiung im Süden Taiwans. Insgesamt wurden 12 Baulose gebildet, die an asiatische und europäische bzw. zwei deutsche Bauunternehmen vergeben wurden. Die Gesamtinvestition beträgt 15 Mrd. Euro.

Diese Strecke stellt bautechnologisch und logistisch eine Meisterleistung dar. Voraussetzung hierfür aber: Unbürokratische Planungs- und Genehmigungsabläufe. Ganz anders dagegen in Deutschland: Die Planung und Genehmigung eines Teillooses auf 70 km der ICE-Strecke Nürnberg nach Erfurt dauert nun schon sechs Jahre!

Mitgliederversammlung Fachabteilung „Straßenbau“

Haushaltssperre im Staatsstraßenbau muss fallen

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der Fachabteilung „Straßenbau“ befasste sich der Vorsitzende der Fachabteilung, Dipl.-Ing. Albert Friedmann, eingangs mit den Straßenbauhaushalten 2001. Der Bundesfernstraßenhaushalt sei mit 810 Mio. € um etwa 47,5 Mio. € über dem ursprünglichen Planansatz gelegen. Der Planansatz für 2002 belaufe sich auf 757,6 Mio. €. Für den Staatsstraßenbau hätten im Jahr 2001 in Bayern 150,9 Mio. € zur Verfügung gestanden, 3,3 % mehr als im Jahr 2000; leider sei die schon im Frühjahr verfügte Haushaltssperre in Höhe von 9,2 Mio. € im Lauf des Jahres nicht wieder freigegeben worden, sonst hätte die Erhöhung 14 Mio. € oder 9,6 % betragen. Für das Jahr 2002 sei ein um 3,7 Mio. € erhöhter Ansatz, also 154,6 Mio. € geplant, allerdings müsse hier noch die verfügte Haushaltssperre in Höhe von 9,2 Mio. € berücksichtigt werden, sodass sich damit zunächst einmal der Ansatz auf 145,4 Mio. € reduziere. Friedmann unterstrich, dass der Verband alles daran setzen werde, dass in diesem Jahr die Haushaltssperre wieder aufgelöst werde und damit den Investitionsmitteln zufließe. Der Anteil nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bleibe mit nach wie vor 150 Mio. € eine stabile Größe.

Drohender Facharbeitermangel

Breiten Raum räumte Friedmann auch dem Thema Ausbildung am Bau ein. Schon zum sechsten Mal in Folge sei in der Lehrlingsstatistik ein Rückgang zu verzeichnen. Stichtagsbezogen habe die Zahl des Jahres 2001 um 12,6 % unter dem Vorjahreswert gelegen; damit würden zurzeit nur noch 50.000 junge Menschen in einem bau-

hauptgewerblichen Beruf ausgebildet, im Spitzenjahr 1995 seien dies noch rund 92.000 Auszubildende gewesen. Damit steuere die Branche auf eine Ausbildungsquote von 10 % zu, d.h. auf 100 Facharbeiter kämen nur noch zehn Auszubildende. Wenn jedoch das Verhältnis von Auszubildenden zu Facharbeitern unter den kritischen Wert von 10 % falle, könne der Bedarf an Facharbeitern nicht mehr gedeckt werden. Friedmann verband damit den Appell an die Firmen, sich zukünftig im Bereich der Ausbildung noch stärker zu engagieren.

Kommunen zur VOB-Treue aufgefordert

Des Weiteren griff Friedmann die aktuelle Vergabe- und Vertragspraxis auf und warf in diesem Zusammenhang den Kommunen vor, sich immer weniger an die VOB zu halten. Inzwischen würden nach einer Umfrage des Ifo-Instituts München im Jahr 2001 70% aller Bauunternehmungen über VOB Verstöße öffentlicher Auftraggeber klagen. Friedmann unterstrich dabei die Forderung, dass die VOB wieder zum Bollwerk gegen Korruption und marktwidrige Verhaltensweisen werden müsse. Insbesondere müssten die Kommunen und ihre scheinprivatisierten Gesellschaften vom Gesetzgeber zur Einhaltung der VOB/A gezwungen werden. Darüber hinaus müsse auch der Bieterrechtsschutz unterhalb des EU-Schwellenwerts verbessert werden.

Privatwirtschaftliches Ausbauprogramm für Autobahn

RA Dr. Detlef Lupp, BBIV, befasste sich mit der privatwirtschaftlichen Realisierung von Straßenbauvorhaben und unterstrich hierbei die bauinterielle Forderung nach einer Erweiterung des Anwendungsbereichs des

Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes auf den Neu- und Ausbau von Autobahnen sowie die Ablösung der staatlichen Gebühr durch ein privates Entgelt. Ferner informierte Lupp über das privatwirtschaftliche Ausbauprogramm für Bundesautobahnen im Betreibermodell und gab einen aktuellen Sachstand zur Gründung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft.

Funktionsbauvertrag

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Funktionsbauvertrag; mittlerweile seien die beiden ersten Pilotprojekte A 61 und A 81 submittiert worden. Nach Auffassung von Friedmann werde es nun darauf ankommen, erste Erfahrungen mit den Teilnahmewettbewerben und den konkreten Ausschreibungen bis hin zur Wertung der Angebote zu sammeln und daraus erforderliche Änderungsanträge zu den Mustervertragsunterlagen gegenüber dem BMVBW anzubringen.

Breites Themenspektrum

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Themen Bauwirtschaft und Bürgschaften, das Pilotprojekt zur doppelten Angebotseinreichung bei Straßenbauvergaben in der Oberpfalz, das nunmehr auch auf die Regierungsbezirke Schwaben und Unterfranken ausgedehnt worden ist, sowie die Novellierung der VOB/B.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung referierte MDirig. Josef Poxleitner, Leiter der Abteilung Straßen- und Brückenbau in der Obersten Baubehörde in Begleitung der Herren MR Schütz und MR Böhm über aktuelle Fragen des Straßenbaugeschehens in Bayern. ■

Arbeitsausschuss Recht und Steuern

Der Arbeitsausschuss für Rechts- und Steuerfragen des Bayerischen Bauindustrieverbandes tagte am 7.6.2002 in München.

Neue Vertragskultur

Im Mittelpunkt der Beratungen dieser Sitzung stand das Schwerpunktthema „Neue Vertragskultur im Baubereich“. RA Dr. Detlef Lupp, BBIV, erläuterte hierzu, dass immer häufiger Überlegungen angestellt würden, im Baubereich nach Wegen zu suchen, um wegzukommen von einer konfliktträchtigen Vertragsgestaltung und Bauabwicklung hin zu einer auf Konsens und Kooperation ausgerichteten „neuen Vergabe-, Vertrags- und Bauabwicklungskultur“.

Kooperationsmodell

Als Gastreferent zu diesem Themenkomplex konnte Dipl.-Ing. Franz-Josef Schlapka, München, gewonnen werden, der das von ihm entwickelte Kooperations- bzw. Schlichtungsmodell vorstellte. Dem Referat von Herrn Schlapka schloss sich eine intensive Diskussion an, bei der die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten solcher Konzepte in der Baupraxis erörtert wurden.

Breites Themenspektrum

Weiterer Tagesordnungspunkt war die Novellierung der VOB/B-Neufassung 2002, wobei sich die AA-Mitglieder insbesondere mit der Anhebung der Verjährungsfrist für Mängelansprüche

in § 13 Nr. 4 VOB/B von bisher zwei und künftig vier Jahren und dem Ausschluss der Bürgschaft auf erstes Anfordern in § 17 Nr. 4 VOB/B auseinandersetzen. Ferner befasste sich der Arbeitsausschuss mit dem Tariftreugesetz des Bundes, dem Gesetz zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit mit der dort geplanten General-/Hauptunternehmerhaftung für Sozialversicherungsbeiträge. Dabei wurde nochmals die ablehnende Haltung der Bauindustrie zu beiden Gesetzentwürfen bekräftigt. Weitere Tagesordnungspunkte waren das EU-Legislativpaket „Öffentliches Auftragswesen“ und das „Dauerbrennerthema“ Bauwirtschaft und Bürgschaften. ■

Baukaufmännische Qualifizierungsinitiative

Gemeinsame Sitzung der Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreise Nord- und Südbayern des BBIV

Von der Ausgestaltung von Baustromverträgen zwischen General- und Nachunternehmer über Änderungen im neuen Dach-Arge-Vertrag bis hin zur Novellierung der VOB reichte das Themenspektrum der gemeinsamen Sitzung der Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreise Nord- und Südbayern des BBIV am 19.6.2002 im BauindustrieZentrum Wetzendorf. Der neu gewählte Vorsitzende des Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises, Wolf-Dieter Hahn, Kaufmännischer Leiter der Niederlassung Nürnberg der Ed. Züblin AG Bauunternehmens, verdeutlichte in seinem Ein-

gangsstatement die Zielsetzung dieser Gemeinschaftssitzung: Regionsübergreifende baukaufmännische Themen im Kollegenkreis zu erörtern und daraus resultierende Praxisempfehlungen zu formulieren und zu publizieren.

Arbeitskreis initiiert

Qualifizierungsmaßnahmen

Diskussionsschwerpunkt dieser Sommersitzung waren Fragen der baukaufmännischen Aus- und Weiterbildung. So konstatierte der Vorsitzende des Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises Südbayerns, Dipl.-Bw. (VWA)

Erich Greiner, dass in den letzten Jahren die Komplexität der technischen wie kaufmännischen Aufgabenstellungen im Bauprozess stark zugenommen haben. Aus diesem Grund sei es erforderlich, das baukaufmännische Personal laufend und zielgerecht zu qualifizieren. Es bestand Einigkeit bei den Mitgliedern, spezielle Schulungsmaßnahmen (Qualifizierung zum sog. „Projektkaufmann“) zu initiieren. ■

Aktuelle Rechtsprechung

Schadensersatz bei kostenfreier Bauplanung und unberechtigter Verwendung von Plänen? (§ 249 BGB)

Wird von einem Unternehmer zwecks Akquisition eines Bauvertrages eine kostenfreie Bauplanung versprochen, so führt selbst der vorsätzliche Verstoß gegen das ausdrückliche Verbot, diese Planung anderweitig zu verwenden, nicht zu der Verpflichtung, entgangene Provision als Schadensersatz zu zahlen, weil ein solcher Schaden nicht entstanden ist.

OLG Karlsruhe, Urteil vom 5.5.2000 – Az.: 17 U 143/99 (IBR 2001, 621);
BGH-Nichtannahmebeschluss vom 22.1.2001 – Az.: VII ZR 233/00

Aufrechnung mit Vertragsstrafe gegenüber Vergütungsanspruch trotz Ausschlusses im Vertrag? (§§ 387 ff., 339 ff. BGB)

Auf die Klausel in einem Bauvertrag, dass die Geltendmachung der für den Fall der Fristüberschreitung vereinbarten Vertragsstrafe voraussetzt, dass der Auftraggeber zunächst die ersten drei vereinbarten Teilraten (85 % der Gesamtvergütung) zahlt, kann sich der Auftragnehmer nicht berufen, wenn er in Vermögensverfall geraten ist und der Auftraggeber im Prozess gegenüber der eingeklagten dritten Rate die Aufrechnung mit der Vertragsstrafe erklärt.

OLG Brandenburg, Urteil vom 30.1.2001 – Az.: 11 U 3/00
(Baurecht 2001, 1111)

Gewährleistung für ordnungsgemäße Entwässerung bei schlüsselfertiger Errichtung eines Bauwerks (§§ 631 ff. BGB)

Der mit der schlüsselfertigen Errichtung eines Bauwerks beauftragte Unternehmer ist verpflichtet, die nach der Sachlage notwendigen Informationen einzuholen, um eine ordnungsgemäße Entwässerung zu gewährleisten.

BGH, Urteil vom 10.5.2001 – Az.: VII ZR 248/00 (IBR 2001, 349)

Bedeutung einer Richtzeichnung zur Darstellung der Wasserabführung für den Leistungsumfang (§§ 631, 278 BGB)

1. Bei der Ausschreibung einer Lärmschutzwand an einer Autobahn darf der Auftragnehmer aus einer beigelegten Richtzeichnung zur Darstellung der Wasserabführung nicht schließen, dass die darin vorgedruckten Maße der Entfernung zwischen Fahrbahnrand, Beginn der Böschung und Wand der konkreten Örtlichkeit entsprechen.

2. Wenn der Auftraggeber vom Auftragnehmer den statischen Nachweis der Realisierbarkeit einer angebotenen Ausführungsart verlangt und die vorgelegte Statik seinerseits durch einen Statiker überprüfen lässt, ist der Prüfstatiker nicht Gehilfe des Auftraggebers.

OLG Düsseldorf, Urteil vom 24.11.2000 – Az.: 22 U 61/00
(IBR 2001, 299)

Lohngleitklauseln (§ 15 VOB/A)

1. Folgender Teil einer Lohngleitklausel ist als Allgemeine Geschäftsbedingung wirksam: „Der nach Nr. 3–5 ermittelte Mehr- und Minderbetrag wird nur erstattet, soweit er 0,5 v.H. der Abrechnungssumme überschreitet (Bagatell- und Selbstbeteiligungsklausel).“

2. „Die Klausel ist so zu verstehen, dass der Auftragnehmer sich mit einem Betrag von 0,5 v.H. der Auftragssumme auch dann an den Mehrkosten zu beteiligen hat, wenn diese darüber hinausgehen.“

BGH, Urteil vom 22.11.2001 – Az.: VII ZR 150/01 (BauR 2002, 467)

Leistungsumfang bei Vereinbarung des Leistungszieles „Verbau nach statischen und konstruktiven Erfordernissen“ (§ 2 Nr. 5 VOB/B; § 9 VOB/A)

Wird in einem Bodengutachten, das Bestandteil der Leistungsbeschreibung ist, ein senkrechter Verbau mit leichten Spundbohlen gegen Schichtwasser empfohlen, befreit dies den Auftragnehmer nicht davon, eigene Prüfungen und statische Berechnungen hinsichtlich der tatsächlichen Bodenverhältnisse durchzuführen.

OLG Köln, Urteil vom 3.3.2000 – Az.: 11 U 46/98 (IBR 2001, 350);
BGH-Nichtannahmebeschluss vom 22.3.2001 – Az.: VII ZR 165/00

Stillstandskosten des Nachunternehmers bei gerichtlich angeordnetem Baustopp (§ 9 Nr. 1 a VOB/B, § 6 Nr. 7, 5 VOB/B; § 642 BGB)

1. Wird ein Bauvorhaben durch einen gerichtlich angeordneten Baustopp unterbrochen, so gerät der Generalunternehmer gegenüber dem Nachunternehmer nicht in Gläubigerverzug. Eine Kündigung des Nachunternehmers aus § 9 Nr. 1 a VOB/B scheidet daher aus.

2. Auch Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche des Nachunternehmers sind nicht gegeben, weil dem Generalunternehmer im Hinblick auf den Baustopp weder eine Verletzung von Vertragspflichten noch von Mitwirkungspflichten vorgeworfen werden kann.

3. Dauert der Baustopp mehr als drei Monate an, kommt eine Kündigung gemäß § 6 Nr. 7 VOB/B in Betracht mit der Möglichkeit, nach § 6 Nr. 5 VOB/B abzurechnen.

OLG Saarbrücken, Urteil vom 7.12.1999 – Az.: 4 U 869/98-197 (IBR 2001, 353); BGH-Nichtannahmebeschluss vom 23.5.2001 – Az.: VII ZR 38/00

Gesetz zur Sicherung von Bauforderungen (§§ 1 ff. GSB, § 823 Abs. 2 BGB)

1. Ein Bauträger-Geschäftsführer kann einem Nachunternehmer persönlich haftbar sein, wenn er nicht dafür Sorge trägt, dass die eingehenden Kaufpreiszahlungen der Bau-trägerkunden vollständig für die Baugläubiger verwendet werden.

2. Der Bauträger-Geschäftsführer muss als Baugeldempfänger darlegen und beweisen, dass die Kaufpreiszahlungen der Käufer für die Baugläubiger verwendet wurden.

3. Er muss weiter davon ausgehen, dass die eingehenden Kundengelder fremdfinanziert und im Regelfall grund-schuldmäßig abgesichert sind.

4. Der notwendige Vorsatz des Geschäftsführers scheidet nicht daran, dass er die Vorschriften des GSB nicht kennt (vermeidbarer Verbotsirrtum).

OLG Bamberg, Urteil vom 15.2.2001 – Az.: 1 U 49/00 (IBR 2001, 310)

1. Nach § 1 Abs. 3 GSB liegt Baugeld nur in dem Umfang vor, als der ausgezahlte Betrag zur Deckung der eigent-lichen Baukosten verwendet werden soll. Soweit ein Darle-hen auf der Finanzierung von rein grundstücksbezogenen Leistungen wie Einfriedungen und Bepflanzungen oder der Beschaffung von Grundstückszubehör dient, handelt es sich nicht um Baugeld (BGH, BauR 1989, 758, 761; BauR 1990, 241, 242).

2. Eine GmbH ist als Generalunternehmerin Baugeldemp-fänger im Sinne des § 1 Abs. 1 GSB und unterliegt daher der dort geregelten Baugeldverwendungspflicht. Denn Bau-träger, Generalunternehmer und Generalübernehmer sind hinsichtlich des Teils der ihnen als Vergütung gezahl-ten Beträge, die bei wirtschaftlicher Betrachtung den ihnen nachgeordneten Unternehmern gebühren, einem Treuhänder angenähert; sie bestimmen darüber, wie diese Gelder weiter verwendet werden und haben insoweit die volle Verfügungsgewalt über das Baugeld zur Finanzierung der Handwerkerleistungen (BGH, NJW 2000, 956).

3. Die Strafnorm des § 5 GSB ist auf den Geschäftsführer einer GmbH gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 1 StGB anwendbar.

4. Der Empfänger von Baugeld ist verpflichtet, das Bau-geld zur Befriedigung solcher Personen zu verwenden, die an der Herstellung des Baus auf Grund eines Werk-, Dienst- oder Lieferungsvertrags beteiligt sind (§ 1 Abs. 1 GSB). Er muss den Baugläubigern in ihrer Gesamtheit den-jenigen Vermögenswert zuwenden, der dem geschaffenen Baugeld entspricht. Dabei hat er weder eine bestimmte Reihenfolge zu beachten, noch muss er die Baugläubiger anteilig befriedigen (BGH, BauR 1989, 758, 760; BGH, BauR 1990, 241, 242). Soweit er sie bereits aus anderen Mitteln befriedigt hat, ist ihm die Verwendung des Bau-gelds freigestellt (§ 1 Abs. 1 S. 2 GSB). Ein Baugeldemp-fänger, der selbst an der Herstellung des Baus beteiligt ist, darf außerdem das Baugeld in Höhe der Hälfte des angemessenen Werts der von ihm in dem Bau verwen-deten Leistung für sich behalten (§ 1 Abs. 2 GSB).

BGH, Urteil vom 11.4.2001 – Az.: 3 StR 456/00 (NZBau 2001, 445)

Sicherheitsleistung für Einhaltung des § 1 a Arbeitnehmerentendegesetz

1. „Die Erweiterung des Bürgschaftszwecks in einer als Gewährleistungsbürgschaft überschriebenen Bürgschaft auf die Inanspruchnahme des Auftragnehmers (u.a.) we-gen Sozialbeiträgen sowie nach § 1 a AEntG ist sachfremd und verstößt daher gegen das Transparenzgebot.

2. Unwirksam nach § 9 Abs. 1 AGBG (ab 1.1.2002: § 307 BGB) wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot ist die beanstandete Klausel auch, soweit sie in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Zusammenhang mit einer Ver-tragserfüllungsbürgschaft verwendet wird. Die vereinbarte Erstreckung der Bürgschaft in Fällen der Inanspruchnahme des Auftraggebers für Sozial-/Unfallversicherungsbeiträge und andere Beiträge gemäß SGB und im Fall der Inan-spruchnahme durch das Finanzamt ... sowie zur Ab-deckung etwaiger Forderungen von Dritten, wenn letztere Inanspruchnahme auf das Verhalten des Auftragnehmers zurückzuführen ist, verstößt gegen das Gebot inhaltlich klarer Bestimmungen.“

OLG Stuttgart, Urteil vom 28. September 2001 – Az.: 2 U 218/00 (IBR 2002, 194)

Korruptionsregister fördert Willkür in Vergabepraxis

Mit Rechtsstaat und fairem Markt nicht vereinbar

„Das von der Bundesregierung geplante Korruptionsregister ist weder mit unserem Verständnis vom Rechtsstaat noch mit fairen Marktbedingungen vereinbar“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess. Der BBIV lehnt das Register als juristische Fehlkonstruktion und Willkürinstrument entschieden ab und fordert, stattdessen auf Prävention und EthikManagement zu setzen.

Vom Bundesrat aufgeschoben

Auf massive Intervention auch der Bauindustrie wurde das so genannte Korruptionsregister am 12.7.2002 vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss geschoben. Die klaren Hinweise auf die dramatischen handwerklichen Fehler des Entwurfes hatten Wirkung gezeigt.

Der bessere Weg: EthikManagement für öffentliche Verwaltungen

Das Problem ist damit jedoch noch nicht gelöst oder vom Tisch. Nach wie vor setzt die Politik auf die Optimierung des in Wirklichkeit schon im Ansatz unzureichenden Entwurfes eines Korruptionsregisters, statt auf die weit effizientere und ordnungspolitisch bessere Alternative: Prävention durch Anreizsysteme wie das EthikManagement. Dazu Hess: „In Wissenschaft und Praxis ist mittlerweile erwiesen, dass das einzige wirklich effiziente Instrument die Prävention ist.“ Als sinnvolle Alternative zum Korruptionsregister fordert Hess deshalb die Verpflichtung von öffentlichen Auftraggebern und ihren Auftragnehmern auf modernes EthikManagement, wie

es sich in Unternehmen der Bayerischen Bauindustrie seit Jahren bewährt. Hess: „Mit dem EthikManagement steht ein praxisgerechter Ansatz zur Korruptionsprävention zur Verfügung. Es liegt an der Politik, diese Möglichkeiten zu nutzen und so Führungsverantwortung zu zeigen, statt durch falsche Anreize die Korruptionsproblematik nochmals zu verschärfen.“

Deutsche Bauwirtschaft zur Bundestagswahl 2002

Forderungskatalog vorgestellt

Zur Bundestagswahl 2002 hat die Deutsche Bauwirtschaft mit ihren über 3 Mio. Beschäftigten in mehr als 300.000 Betrieben einen Forderungskatalog entwickelt, dessen Umsetzung viele Probleme in unserem Land einer guten Lösung näher bringen würde.

Bau hat Schlüsselstellung für Abbau der Arbeitslosigkeit

Die deutsche Bauwirtschaft ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 230 Mrd. € die Schlüsselbranche in unserem Land. Ihr Stellenwert resultiert aus ihrer Größe wie daraus, dass sie ausschließlich für jede Volkswirtschaft fundamentale Investitionsgüter herstellt. Erst wenn die Bauwirtschaft das tiefe Tal der Rezession hinter sich gelassen hat, wird es mit der Konjunktur insgesamt wieder deutlich aufwärts gehen, wird sich die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern.

Der Parlamentarierbrief ist formlos anzufordern unter info@bauindustrie-bayern.de

Mobilität und Nachhaltigkeit

Bündelungsachsen zur Regionalentwicklung

Bündelungsachsen für den zunehmenden Verkehr als Schlüsselinstrument zur Vereinbarkeit einer mobilen Gesellschaft mit nachhaltiger Regionalentwicklung – das ist die zentrale These eines Beitrags des Hauptgeschäftsführers des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess, zur Vortragsveranstaltung „Mobilität und Nachhaltigkeit – wie passt das zusammen“ der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum. Die Publikation zur Veranstaltung umfasst weitere Beiträge des Akademiepräsidenten Prof. Dr.-Ing. Holger Magel sowie von MDirig. Richard Eisenried, Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. *Zu beziehen per Mail info@bauindustrie-bayern.de.*

Krankenstand am Bau 2001 wieder angestiegen

Rückläufiger Trend beendet

Der lohnfortzahlungspflichtige Krankenstand der gewerblichen Arbeitnehmer der Bauindustrie nahm im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 in Bayern von 5,7 % auf 6,3 % zu, die Quote ohne Lohnfortzahlung stieg von 5,0 % auf 5,3 % an. Damit ist der seit 1994 zu beobachtende rückläufige Trend beim Krankenstand am Bau vorerst beendet.

Auswirkung der Rückkehr zu 100%-Lohnfortzahlung

Die vom Bayerischen Bauindustrieverband erhobene Statistik belegt damit klar die Auswirkungen der Rückkehr zur 100 %-Lohnfortzahlung. Es gilt jetzt zu beobachten, ob sich der nun ungünstige Trend weiter fortsetzt.

Prof. Dr. h. c. Ignaz Walter

Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Walter Bau-AG vereinigt mit DYWIDAG

Bundesverdienstkreuz 1. Klasse
überreicht am 24.7.2002

Als „Bauunternehmer mit Leib und Seele“ begrüßte Bayerns Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Dr. Otto Wiesheu, MdL, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Walter Bau-AG vereinigt mit DYWIDAG, Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und langjährigen Vizepräsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Prof. Dr. h. c. Ignaz Walter anlässlich der Überreichung der Insignien des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse. Walter habe mit unermüdlichem Geschick nicht nur sein eigenes Unternehmen aufgebaut, sondern darüber hinaus in den 80er Jahren und Anfang der 90er die Firmen Heilit + Woerner Bau-AG, Ed. Züblin AG und Dyckerhoff & Widmann AG übernommen und so

umstrukturiert, dass sie in gegenseitiger Konkurrenz – auch zum Stammunternehmen Walter Bau-AG – weiter frei am Markt agieren konnten. Die Notwendigkeit, mit noch größeren Einheiten und Synergieeffekten den Anforderungen des Marktes zu begegnen, habe im vergangenen Jahr zur Fusion der Walter Bau-AG mit DYWIDAG geführt.

Wiesheu betonte, neben seiner umfangreichen beruflichen Verantwortung habe Prof. Walter immer auch Gemeinwohlinteressen verfolgt. Seit 1997 fungiere er als Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. sowie als Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. In zahlreichen Gremien und Beiräten bringe er seine Fachkompe-

tenz ein. Ferner habe Prof. Walter mit der 1993 ins Leben gerufenen Ignaz-Walter-Stiftung ein Zeichen dafür gesetzt, wie sich unternehmerisches Handeln, gepaart mit sozialer Verantwortung, zum Wohle hilfsbedürftiger Menschen verwirklichen lasse. Schon 1998 wurde Prof. Walter mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, 1992 mit dem Bayerischen Verdienstorden, 1994 mit der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft ausgezeichnet.

Wir übermitteln den Jubilaren
unsere herzlichsten Glückwünsche

Honorargeneralkonsul
Dr.-Ing. Hanns Maier
Inhaber der
Firmengruppe Dr. Maier, München

80. Geburtstag am 13.8.2002

Senator E.h.
Dipl.-Ing. Werner Kraft sen.
Geschäftsführer der Werner Kraft
GmbH & Co., Würzburg

85. Geburtstag am 7.9.2002

Ein Bauunternehmen wird 100 Die Franz Kassecker GmbH Waldsassen

Prominente Geburtstagsgäste

„Wichtige Bastion in der Baubranche“ urteilt der Oberpfälzer Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger, „zuverlässiger Partner der Stadt Waldsassen“ stellt Bürgermeister Herbert Hahn fest. Gemeint ist das Bauunternehmen Franz Kassecker GmbH, 100-jähriges Kind der Stadt. Gefeiert wurde der Geburtstag mit politischer Prominenz aus der Region, mit den Eigentümerversprechern und Aufsichtsräten, an der Spitze Dipl.-Ing. Herbert Bodner, Vorstandsvorsitzender der Bilfinger Berger AG, Dr.-Ing. Klaus-Dieter Ehlers und Wolfgang und Reinhard Engel, mit Vizepräsident Dipl.-Ing. Rainer Schuster und Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess vom Bayerischen Bauindustrieverband, mit Vertretern der Auftraggeber, der Behörden und der Partner am Bau. Und gefeiert wurde, entsprechend dem würdigen Anlass, in einem der schönsten barocken Säle Bayerns – der Bibliothek des Zisterzienserklosters in Waldsassen.

Ein Bauunternehmen macht Karriere

Einen Rückblick auf die Geschichte des Unternehmens bot Geschäftsführer Dipl.-Ing. Walter Arnold: Gewerbeanmeldung 1902, dann handwerkliche Aufträge in der Region, durch die Zeitläufe bedingt in den 30ern Mitwirkung an militärischen Großaufträgen, erfolgreicher Wiederbeginn nach 1945 mit der Übernahme des gleislosen Erdbaus aus den USA, dann Hochbaufträge für die US Army, bis in die 70er großer Erdbau (Autobahnen, Rhein-Main-Donau-Kanal), dann zunehmend Konzentration auf Rohrleitungsbau, Ingenieurbau, öffentlichen Hochbau, Wirtschaftsbau. 1972 Umwandlung in eine GmbH, 1991 dann der für die Bewältigung der schwierigen Jahre nach 1995 entscheidende Schritt: der Erwerb der Mehrheit an



Festakt im klösterlichen Bibliothekssaal:
Die Franz Kassecker GmbH begeht ihren 100. Geburtstag

der Franz Kassecker GmbH durch die Bilfinger Berger AG. Die Unternehmenssparten heute: Straßen- und Rohrleitungsbau, Kanal- und Spezialtiefbau, Ingenieurbau, Hoch- und Industriebau.

Die Krise am Bau birgt eine Chance.

Wir nehmen sie wahr, wenn wir

1. das nüchterne Handwerk nicht scheuen,
2. das Kapital der Mitarbeiterfähigkeiten und der Kundentreue einsetzen
3. und uns mit Begeisterung entschlossen und ausdauernd ans Werk machen.

Geschäftsführer

Dipl.-Ing. Walter Arnold

Franz Kassecker GmbH

Verbindlichkeit durch überschaubare Standards

Die Gegenwart bezeichnete Arnold als „eine der schwierigsten Zeiten der hundertjährigen Geschichte unserer Firma“ – geprägt von der desolaten wirtschaftlichen Situation des Baumarktes genauso wie von dessen allgemeiner Überregulierung. An Stelle nicht mehr überschaubarer Regulierung wünscht er sich zumindest am öffentlichen Baumarkt „die Verbindlichkeit von überschaubaren Stan-

dards“, wozu er beispielhaft auf die immer öfter missachtete VOB Teil A verwies: „Diese VOB ist auch ein zuverlässiges Mittel, immer wieder auftretende illegale Handlungen zu verhindern“ – ein Anliegen, das die Franz Kassecker GmbH auch durch ihre Mitgliedschaft im EthikManagement der Bauwirtschaft e.V. unterstütze.

VOB/A für fairen Wettbewerb

Für den Bayerischen Bauindustrieverband gratulierte Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess, würdigte dabei besonders die gut ausgebildeten Fachkräfte von Kassecker, deren Tatkraft und Motivation. And die Bundestags- und Landtagsabgeordneten Georg Girisch, Ludwig Stiegler, Herbert Rubenbauer und Werner Schieder gerichtet, kritisierte auch er die Überregulierung des Baumarktes und forderte den Abbau überholter Tarifstrukturen und die Durchsetzung von Mindestlöhnen. Den anwesenden Kommunalvertretern empfahl er das Nachverhandlungsverbot der VOB/A als Instrument zur Sicherstellung eines fairen und leistungsgerechten Wettbewerbs. ■

Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

Bauleistung

Bauproduktion ¹⁾ Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	15.315	- 20,9 %	- 10,2 %
Wohnungsbau	6.884	- 19,7 %	- 8,9 %
Wirtschaftsbau	4.008	- 20,9 %	- 11,2 %
Öffentlicher Bau insg.	4.423	- 22,7 %	- 11,0 %
davon Öff. Hochbau	999	- 23,9 %	- 9,5 %
Straßenbau	1.688	- 22,0 %	- 8,4 %
Sonst. Tiefbau	1.736	- 22,7 %	- 14,1 %

Produktionsindex ¹⁾ (arbeitsstg.) 1995 = 100	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	97,7	- 8,8 %	- 4,2 %
Hochbau	93,3	- 8,7 %	- 4,5 %
Tiefbau	108,0	- 9,1 %	- 3,9 %

Umsatz ¹⁾ ohne MwSt. in Mio. €	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	1.307,2	- 9,1 %	- 2,9 %
Wohnungsbau	447,2	- 9,8 %	- 4,7 %
Wirtschaftsbau	451,5	- 8,7 %	- 1,8 %
Öffentlicher Bau insg.	408,5	- 8,8 %	- 2,3 %
davon Öff. Hochbau	103,7	+ 1,6 %	+ 1,7 %
Straßenbau	153,2	+ 1,7 %	+ 7,2 %
Sonst. Tiefbau	151,5	- 14,4 %	- 11,9 %

Lohnkosten

Bauhauptgewerbe ¹⁾ in €	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	16,73	+ 12,7 %	+ 2,2 %
Gehaltssumme je Angestellten	2.941	+ 0,3 %	+ 1,8 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.228	- 1,2 %	+ 1,1 %

- 1) Vorläufige Ergebnisse;
- 2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
- 3) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte
- 4) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe
Kurzarbeiter Baugewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung
Landesarbeitsamt Bayern

Baunachfrage

Auftragseingang ^{1/2)} Inland in Mio. €	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
nominal			
Bauhauptgewerbe	1.022,7	- 12,5 %	+ 2,6 %
Wohnungsbau	246,9	- 14,0 %	- 12,5 %
Wirtschaftsbau	413,7	+ 5,4 %	+ 19,1 %
Öffentlicher Bau insg.	362,1	- 26,0 %	- 4,3 %
davon Öff. Hochbau	90,8	- 22,6 %	+ 8,8 %
Straßenbau	141,3	- 13,6 %	+ 4,7 %
Sonst. Tiefbau	130,0	- 37,7 %	- 17,0 %
preisbereinigt³⁾ (real)			
Bauhauptgewerbe	•	- 12,1 %	+ 3,0 %
Wohnungsbau	•	- 13,3 %	- 11,9 %
Wirtschaftsbau	•	+ 6,1 %	+ 19,9 %
Öffentlicher Bau insg.	•	- 25,6 %	- 3,8 %
davon Öff. Hochbau	•	- 22,2 %	+ 9,5 %
Straßenbau	•	- 13,0 %	+ 5,2 %
Sonst. Tiefbau	•	- 37,3 %	- 16,6 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m ³ Rauminhalt	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Wohngebäude	2.628	- 22,3 %	- 8,1 %
Wirtschaftsgebäude	3.096	- 12,7 %	- 8,6 %
Öffentliche Gebäude	345	- 21,4 %	- 21,1 %

Auftragsbestände Bauindustrie			
Reichweite in Monaten	Juni 2002	Mai 2002	Juni 2001
Bauindustrie	2,8	3,0	3,2
Wohnungsbau	2,4	2,3	2,1
Wirtschaftsbau	3,0	3,2	4,7
Öffentlicher Bau insg.	2,7	3,0	2,6
davon Öff. Hochbau	2,8	2,8	1,9
Straßenbau	2,2	2,7	2,6
Sonst. Tiefbau	3,1	3,4	3,3

Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe ¹⁾ Monatsdurchschnitt	Mai 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Mai 2002 gegenüber Vorjahr
Tätige Inh., Mitinhaber	11.751	- 7,3 %	- 4,1 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	29.729	- 5,9 %	- 5,6 %
Facharbeiter	80.055	- 8,9 %	- 8,9 %
Fachwerker	24.881	- 9,6 %	- 8,9 %
Gewerbl. Auszubildende	7.767	- 12,2 %	- 11,3 %
Insgesamt	154.183	- 8,5 %	- 8,0 %

Arbeitsmarkt ⁴⁾ Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
Juni 2002	1.564	13.972	2.258
Juni 2001	2.041	11.512	1.427
Juni 2000	3.011	9.945	1.219
Juni 1999	3.468	11.822	790

Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
Juli/August 02 · 47. Jahrgang

7/8

i.d.

80331 München

Oberanger 32
Telefon 0 89/23 50 03-0
Telefax 0 89/23 50 03-70
Postanschrift:
Postfach 33 02 40
80062 München
info@bauindustrie-bayern.de

90403 Nürnberg

Katharinengasse 24
Telefon 09 11/99 20 70
Telefax 09 11/99 20 70
info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de

93047 Regensburg

Hemauerstraße 6/IV
Telefon 09 41/5 48 90
Telefax 09 41/5 31 96
info.regensburg@bauindustrie-bayern.de

86150 Augsburg

Gratzmüllerstraße 3/II
Telefon 08 21/3 62 60
Telefax 08 21/15 09 52
info.augsburg@bauindustrie-bayern.de

95030 Hof

Ernst-Reuter-Straße 121
Telefon 0 92 81/86 00 23-44
Telefax 0 92 81/86 00 23-42
info.hof@bauindustrie-bayern.de

www.bauindustrie-bayern.de